



DIALOG „MIT WIRKUNG

**Lernerfahrungen und Diskussion des Modellprojekts
„Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen
Polizei und Zivilgesellschaft“**



DIALOG MIT WIRKUNG

Lernerfahrungen und Diskussion des Modellprojekts
„Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen
Polizei und Zivilgesellschaft“

Inhalt

I. Grußwort	06
von Daniela Behrens	
II. „Haltung zeigen“.	
Zur Entstehung eines Arbeitsbereichs	08
von Martin Kaiser	
III. „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“: ein Modellprojekt mit Wirkung?	14
von Sarah Humbach	
IV. „Wenn ich was für meine Kinder tun will, dann muss ich mit der Polizei reden“	26
Interview mit Anke Egblomassé und Kai Weber, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in der Steuerungsgruppe im Projekt „Haltung zeigen“	
V. „Problematisch, aber nicht unlösbar“	32
Interview mit Wladimir Ladilov, Polizeibeamter, Vertreter der Polizei in der Steuerungsgruppe im Projekt „Haltung zeigen“	
VI. „Weiße Verbundenheit“ als Schlüssel zum Dialog?	39
Eine rassismuskritische Reflexion des Modellprojekts „Haltung zeigen“ von Daniel Bernhardt und Sinem Eker	

Grußwort

von Daniela Behrens

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben aktuell, dass die Selbstverständlichkeit der in unserem Grundgesetz festgeschriebenen Normen und Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit von Extremisten und Demokratiefeinden in Frage gestellt wird. Zum Teil werden unsere Demokratie und ihre Institutionen offen angegriffen, öffentlich nieder und verächtlich gemacht. Immer wieder werden moralische und sprachliche Grenzen weiter verschoben und Intoleranz droht vielerorts salonfähig zu werden.

Diese Angriffe auf unsere Demokratie betreffen uns alle. Und wir müssen uns diesen gemeinsam entgegenstellen.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben vor 75 Jahren eine Verfassung erarbeitet, die wehrhaft ist. Auf dieses Prinzip berufen wir uns heute. Wir brauchen mehr denn je eine Demokratie, die widerstandsfähig ist und gestärkt Angriffen auf die Grundwerte unserer Gesellschaft standhält. Dabei ist die Rolle unserer Polizistinnen und Polizisten als erste Verteidigerinnen und Verteidiger unserer Demokratie von besonderer Bedeutung.

Im täglichen unmittelbaren Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sind unsere Polizistinnen und Polizisten die ersten Ansprechpersonen in Krisensituationen. Sie sind dabei stets professionell, gerecht und agieren im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen. Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Akteuren der Zivilgesellschaft ist in diesem Zusammenhang unerlässlich. Denn er ermöglicht es ihnen, ein tieferes Verständnis für die Perspektiven und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Genau das ist essenziell, um Vertrauen auf- und Vorurteile abzubauen. Indem



die Polizei sich für den konstruktiven Austausch öffnet und aktiv mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeitet, signalisiert sie ihre Bereitschaft zur Weiterentwicklung unserer gelebten Demokratie.

Das Projekt „Haltung zeigen“ hat einen Raum geschaffen, in dem sich Polizei und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe begegnen können. Das erklärte Ziel des Projekts „Haltung zeigen“, die gemeinsame Verantwortung für die Demokratie zu beleben, wurde eindrucksvoll erreicht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben nicht nur ihre fachlichen und methodischen Kompetenzen erweitert, sondern auch ihr persönliches und berufliches Netzwerk gestärkt. Der Dialog hat dazu beigetragen, die Wahrnehmung und das Verständnis für die jeweils andere Seite zu schärfen und somit eine Grundlage für eine vertrauensvollere Zusammenarbeit zu schaffen. Dies sollte uns allen als Ansporn dienen, uns weiterhin aktiv für eine offene und gerechte Gesellschaft einzusetzen.

Ich danke allen Beteiligten herzlich für ihr Engagement und ihren Einsatz. Mögen die Ergebnisse dieses Projekts weit über seine Laufzeit hinauswirken und unsere Polizei und Gesellschaft auf dem Weg in eine weiterhin demokratiesichere Zukunft unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Behrens

Daniela Behrens ist die Ministerin für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen. In ihrer Rolle setzt sich die SPD-Politikerin für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Polizei, den Schutz demokratischer Grundwerte sowie für die Förderung einer vielfältigen Gesellschaft ein. Zuvor war sie unter anderem als Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung tätig. Sie engagiert sich aktiv für die Themen Bürgernähe und demokratische Teilhabe und legt einen besonderen Fokus auf den Schutz und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Niedersachsen.





„Haltung zeigen“. Zur Entstehung eines Arbeitsbereichs

von Martin Kaiser

Eine E-Mail zu Beginn: der Ausgangspunkt eines Dialogprojekts

Es begann mit einer E-Mail, geschrieben von einem mir unbekannten Leiter einer Polizeiinspektion in Niedersachsen. Der Verfasser war auf der Suche nach einer zivilgesellschaftlichen Partnerorganisation für ein Dialogprojekt mit der Polizei. In den Jahren zuvor nahm er an zwei Fortbildungen der Bundeszentrale für politische Bildung teil und wollte die dabei vermittelten Erfahrungen in einem auf Langfristigkeit angelegten Kooperationsformat weiterentwickeln. Dabei sollten „persönliche Begegnung, eine gute fachliche Struktur und Moderation sowie ausreichender Raum und Zeit für einen Austausch“ (Quelle: Archiv des Verfassers) die Basis für die Gestaltung der Zusammenarbeit bilden. Im Austausch mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) seien mehrmals unsere Einrichtung und auch mein Name genannt worden. Dem Verfasser sei durchaus bewusst, dass ich mich derzeit in den USA befände und erst nach einigen Wochen auf diese Mail reagieren könne.

Die Stichworte aus der E-Mail schlugen sogleich bei mir ein: Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft – wer könnte bestreiten, dass dazu ein dringender Bedarf bestand, nicht nur angesichts der sich häufenden Vorfälle von Racial Profiling, anlassunabhängigen Kontrollen, organisierter Gewalt von Demonstrant*innen oder der Radikalisierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen? Wer könnte übersehen, dass sich die Bilder, die beide Seiten voneinander hatten, immer mehr verzerrten, dass Konfliktlinien sich verschärften und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalierten? Keine Frage, wir als GSI könnten unsere Erfahrungen aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit, aus dem Dialog mit Konfliktparteien, aus der



Moderation von Begegnung und Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Zielgruppen in ein solches Projekt einbringen. Zu diesem Zeitpunkt – Mitte März 2020 – schlossen unsere Netzwerke bereits gute Kontakte zu einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Einrichtungen (wie Migrant*innenorganisationen, muslimischen Akademien, diversitätsorientierten Initiativen) und zu einigen Dienststellen der Sicherheitsorgane ein (Landespolizeidirektion, Gewerkschaft der Polizei, unterschiedliche Standorte der Bundeswehr).

Einige Wochen später, am 25. Mai 2020, wurde in Minneapolis der Afroamerikaner George Floyd von einem weißen Polizisten bei einer Kontrolle ermordet. Die Bilder hinterlassen nicht nur in den USA den nachhaltigen Eindruck, dass die Beziehung zwischen Polizei und Zivilgesellschaft aufgearbeitet und neugestaltet werden muss. In Deutschland und in den USA werden Studien zu Rassismus in der Polizei in Auftrag gegeben. Die 2013 in den USA gegründete Black-Lives-Matter-Bewegung erhält auch in Deutschland erheblichen Auftrieb (vgl. Knopp 2022). Mit unserem Projektvorhaben sind wir mitten im Geschehen.

Vorbehalte und Vertrauensaufbau: die schwierige Aufgabe der Netzworkebildung

Pandemiebedingt liefen die ersten Kontakte mit größerer zeitlicher Verzögerung an als zunächst gedacht. Im Herbst 2020 kam das erste Treffen zwischen Mitarbeiter*innen der Polizeidirektion Oldenburg und des GSI zustande. Beide Seiten stellten ihre Vorerfahrungen dar und arbeiteten eine Mindmap mit Stichworten zum geplanten Projekt durch. In der Folgezeit ent-

wickelten im GSI Daniel Bernhardt und ich das Konzept weiter. Die meiste Zeit und Energie investierte Daniel Bernhardt, der im GSI als Referent das Projekt als Schwerpunktaufgabe erhält, darin, zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen für die Mitarbeit zu gewinnen. Die Vorbehalte waren groß, negative Vorerfahrungen mussten überwunden werden.

Anfang März 2021 fand der erste digitale Austausch statt, in dessen Vorfeld ich die Worte „Haltung zeigen“ probeweise als Überschrift auf die Charts der PowerPoint-Präsentation setzte. Sehr schnell wurde daraus der Titel für das Modellprojekt, das das GSI im Sommer 2021 als mit der Leitung beauftragte Einrichtung für das inzwischen gewachsene Konsortium aus Polizei und Zivilgesellschaft beantragte.

Zum ersten Mal „begegneten“ sich bei dieser digitalen Konferenz die möglichen Kooperationspartner*innen aus Polizei und Zivilgesellschaft, um festzustellen, ob sie ausreichend Vertrauen aufbauen können, um sich an einem solchen Projekt zu beteiligen. Von zivilgesellschaftlicher Seite waren u. a. Vertreter*innen von Migrant*innen(selbst)organisationen eingeladen. „Aus meiner Community“, sagte eine Person of Color (PoC) im Auftaktgespräch, „würde niemand von sich aus ein Gespräch mit der Polizei führen oder auch nur suchen“. Damit beschrieb sie bereits zentrale Aspekte der Problemlage und des Bedarfs für unser geplantes Projekt: Offensichtlich besteht – auch und besonders in Niedersachsen – ein Kommunikationsdefizit zwischen Polizei und Migrant*innen. Offensichtlich haben beide Seiten negative Bilder voneinander. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet in diesem Kontext, Menschen mit Migrationsgeschichte zu befähigen („empowern“), einen Dialog mit der Polizei von sich aus zu suchen und zu gestalten; und sie bedeutet, Mitarbeitende der Polizei für die besonderen Erfahrungen und Bedarfe von PoCs zu sensibilisieren. Der stellvertretende Polizeipräsident nickte zustimmend in seiner Kachel auf dem Bildschirm. Ja, ihm sei bewusst, dass es dicke Bretter zu durchbohren gelte.

Anknüpfen an gesellschaftliche Diskurse und wissenschaftliche Analysen

Der Projektbeginn im November 2021 fiel in eine Zeit, in der das Verhältnis von Polizei und Zivilgesellschaft zunehmend zum Thema gesellschaftlicher Diskurse und wissenschaftlicher Analysen wurde. In ihrem aktuellen Buch „Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt“, dem umfangreiche Analysen und Befragungen zugrunde liegen, beschreiben Derin und Singelstein (2022) die gegenwärtige Situation in der Polizei, deren Verhältnis zur Zivilgesellschaft und leiten daraus entsprechende Handlungsbedarfe ab, die sich unmittelbar mit den Zielen dieses Projektes decken: Polizeibeamt*innen „brauchen Raum, um berufliche Alltagserfahrungen reflektieren zu können, sowie Aus- und Fortbildungen in Form von rassismuskritischen Trainings, wie sie in anderen Berufen selbstverständlich sind, um eigene Vorurteile zu hinterfragen und Stereotype aufzubrechen“ (Derin/Singelstein 2022, S. 195). Umgekehrt sehen sie, dass die menschenrechtliche Ausrichtung der Polizei von der Zivilgesellschaft „dauernd neu erstritten werden“ (Derin/Singelstein 2022, S. 347) müsse.

Exemplarisch für die Zivilgesellschaft und die in ihr vertretenen unterschiedlichen Minderheiten, die sich von Seiten der Polizei häufig rassifiziertem Diskriminierungsverhalten ausgesetzt sehen, macht der Afrozensus von 2021 deutlich, dass 58 Prozent der Angehörigen der befragten Gruppe der Polizei gar nicht oder eher nicht vertrauen (vgl. Aikins 2021).

Methodische und inhaltliche Ausgangspunkte

Zu Beginn des Projekts standen methodische und inhaltliche Ansätze, die in das Konzept der dreimoduligen Fortbildungen eingearbeitet und im Verlaufe der Durchführung erprobt, den Bedarfen der Zielgruppen und des Projektverlaufs angepasst, weiterentwickelt und ergänzt wurden. Dies erforderte ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz, an pädagogischer Erfahrung, an Sensibilität für Diskriminierung, Ausgrenzung und emotionale Aufladung, an Frustrationstoleranz und an Durchhaltevermögen aller Beteiligten. In den Beiträgen dieser Publikation werden diese Aspekte mit unterschiedlichen Zugängen und Formaten beschrieben.

Schon in der Anfangsphase des Projekts wurde deutlich, wie wichtig es war, die innerhalb der Gruppe bestehenden, auf den unterschiedlichsten Erfahrungen beruhenden Eigen- und Fremdbilder von Polizei und Zivilgesellschaft aufzuarbeiten. Dafür war es ungemein wichtig, eine vertrauensvolle Atmosphäre und einen so weit wie möglich für alle Beteiligten, insbesondere für diejenigen mit eigener Diskriminierungserfahrung, sicheren Raum (Safe Space) zu schaffen, um mögliche Retraumatisierung zu vermeiden und die Voraussetzungen für einen offenen Dialog zu schaffen. In diese Prozesse brachten die Projektakteur*innen ihre Erfahrungen aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit ein (vgl. Fereidooni/Höfl 2021; vgl. Kendi 2019). Dies zeigte sich besonders in der von Diversität geprägten Zusammensetzung der Teams und in der Präsenz der Awareness-Person, die den Seminarprozess verfolgte und für von Diskriminierung bedrohte Personen ansprechbar war. Die methodische und inhaltliche Vielfalt des Programms der drei Fortbildungsmodule wird in den Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben. Sie schloss u. a. Übungen zur rassismuskritischen Sensibilisierung, zum Storytelling zur Auswertung der Seminarerfahrung, zu Simulationen zum Perspektivwechsel bzw. Rollentausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, zum Brainstorming und zur Systematisierung von Gelingensbedingungen für den Dialog zwischen beiden Gruppen, zu Präsentationen zum Selbstverständnis von Polizei und Zivilgesellschaft und zu Workshops zur Entwicklung von Folgeaktivitäten ein (vgl. Ogette 2020). Sie alle verfolgten das Ziel, einen sicheren Raum für Begegnung und Dialog zu schaffen, Austausch zu ermöglichen, dabei auch kontroverse und emotional belastete Themen anzusprechen, Rahmenbedingungen für einen gelingenden Dialog zu gestalten und damit einen Beitrag zur Stärkung von Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu leisten.

„Genau besehen“: die Ausweitung unserer Dialogarbeit auf eine internationale Dimension

Seit über zehn Jahren ist das GSI im transatlantischen Austausch aktiv. Eine der Partnerorganisationen ist die Arab American Development Corporation in Philadelphia, Pennsylvania. Viele der dort engagierten US-amerikanischen Muslim*innen haben sehr kritische Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Zeitgleich mit „Haltung zeigen“ bauten wir Kontakte mit einer Einrichtung in Jackson, Mississippi auf: Das Alluvial Collective arbeitet mit lokalen Gemeinden die überall erfahrbaren Folgen von Segregationspolitik und Rassismus auf; dabei werden Methoden der Community Education (vgl. erwachsenenbildung.at 2013; im Deutschen häufig mit „politischer Bildung“ in lokalen Gemeinden oder „Gemeinwesensarbeit“ übersetzt) und des Storytellings eingesetzt. Zu den Zielgruppen gehören neben Bürger*innen, Betroffenen und politischen Entscheidungsträger*innen auch Vertreter*innen der Polizei.

Gemeinsam mit den US-amerikanischen Partner*innen, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus unserem Umfeld, mit der Polizeidirektion Oldenburg und mit unterschiedlichen polizeilichen Dienststellen aus Mississippi und Pennsylvania erweiterten wir unsere Dialogarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft um eine transatlantische internationale Dimension. Der Bedarf in den USA nach einem solchen Projekt wird sowohl von polizeilicher (vgl. Waters 2021) als auch von zivilgesellschaftlicher (vgl. Vitale 2021) Seite formuliert und von beiden mit rassismuskritischer Aufarbeitung (vgl. DiAngelo 2018) in Verbindung gebracht.

Seit November 2022 führen wir dieses Projekt unter dem Titel „Genau besehen. Rassismuskritischer Dialog mit Zivilgesellschaft und Polizei“ mit großem Erfolg und regem Interesse durch. Die Teilnehmenden aus Deutschland betonten in den Auswertungen, wie viel sie in den USA gelernt hätten: Die Ansätze der Community Education, die vor allem Storytelling als Methode für Dialog und politische Veränderung nutzten (vgl. Bell 2019), habe sie ebenso überzeugt wie die Einrichtung von Institutionsübergreifenden Ständigen Kommissionen (Inter Agency Task Force), die sie auch in Niedersachsen aufbauen wollten. Beide Beispiele veranschaulichen, welch hohes politi-

ches Gestaltungs- und Veränderungspotenzial ein gelingender Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft bieten könne. Für das Projekt „Haltung zeigen“ kann das GSI von den Synergieeffekten profitieren, die im Rahmen der transatlantischen Kooperation des später gestarteten Projekts „Genau besehen“ entstanden sind.

„Vom Dissens zum Dialog“: ein weiteres Kooperationsprojekt für das niedersächsische Umfeld

Im Frühjahr 2023 entwickelte das GSI einen weiteren Projektansatz zur Förderung des Dialogs zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Unter dem Titel „Vom Dissens zum Dialog. Zivilgesellschaft & Polizei für Demokratie in Niedersachsen“ erarbeiteten wir – gefördert vom niedersächsischen Justizministerium im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ – gemeinsam mit lokalen Initiativen, der Polizeiakademie und landesweit tätigen Organisationen Fortbildungsmodule. Diese Module richten sich gegen Rechtsextremismus und fördern eine rassismuskritische Bildungsarbeit innerhalb der Polizei und Zivilgesellschaft. Hier geht es vor allem darum, die beiden Problembereiche – Rassismus und Rechtsextremismus – im Tätigkeitsfeld insbesondere der Polizei im Spannungsverhältnis zwischen Dissens und Dialog kritisch zu betrachten und Verantwortung für das Fehlverhalten als Polizei und Zivilgesellschaft zu übernehmen.

Die Entfaltung der Wirksamkeit

Die hier notwendigerweise kurz zusammengefassten Ausführungen zeigen auf, wie das Projekt „Haltung zeigen“ mit seinem innovativen Charakter von engagierten Akteur*innen entwickelt und umgesetzt wurde. Darüber hinaus hat es die Entwicklung weiterer umfangreicher Projekte inspiriert und angestoßen – eines mit internationaler Ausrichtung und ein weiteres, das stark in regionalen Strukturen verankert ist. Das GSI konnte dadurch gemeinsam mit seinen lokalen, landes-, bundesweiten und internationalen Netzwerken eine umfangreiche Expertise im Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft aufbauen, die in allen Bereichen eine starke multiplikatorische Wirkung entfaltete. Wie dies im Einzelnen während der Programme und

Kooperationskonferenzen erfolgte, veranschaulicht diese Broschüre mit ihren unterschiedlichen Beiträgen.

Für das GSI in Niedersachsen e.V. hat sich ausgehend vom Projekt „Haltung zeigen“ ein neuer Arbeitsbereich entwickelt. Wir werden diesen in unterschiedlichen Projekten sowohl auf regionaler als auch auf Landes- und Bundesebene und im internationalen Bereich fortführen und die Ergebnisse in Publikationen, in Beiträgen auf Fachkongressen und in sozialen Medien zugänglich machen.

An dieser Stelle sei allen Akteur*innen aus Polizei und Zivilgesellschaft, aus dem regionalen und weiteren Umfeld, aus haupt-, neben- und ehrenamtlichen Kontexten, die sich im Projekt engagierten, noch einmal herzlich gedankt. Dank dieses Engagements wurden wichtige, hoch aktuelle und äußerst kontroverse Themen in unserer Gesellschaft platziert, die damit verbundenen Herausforderungen aufgearbeitet und Lösungswege entwickelt, die den Dialog gestalten, die Demokratie stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Martin Kaiser ist Leiter des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. Seit 1996 arbeitet er mit unterschiedlichen Partnerorganisationen in den USA, darunter die Arab American Community Philadelphia und das Alluvial Collective in Jackson, Mississippi zusammen. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Demokratie-Bildung, Umgang mit Vielfalt, Multiperspektivität und historische Narrative. Von 2007 bis 2021 war er Mitglied im Vorstand Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB).

Quellen/Literatur

- Aikins, Joshua Kwesi et al. (2021): Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland. Online: https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/afrozensus-2020-perspektiven-anti-schwarze-rassismuserfahrungen-und-engagement_de (Zugriff: 03.11.2024), S. 255
- Bell, Lee Anne (2019): Storytelling for Social Justice: Connecting Narrative and the Arts in Antiracist Teaching (Teaching/Learning Social Justice). 2. Auflage. Abingdon/Oxfordshire: Routledge
- Derin, Benjamin und Singelstein, Tobias (2022): Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation. Berlin: Econ, Ullstein Buchverlage, S. 195
- DiAngelo, Robin (2018): White Fragility. Why It's so Hard for White People to Talk About Racism. Boston: Beacon Press
- Fereidooni, Karim und Hößl, Stefan E. (Hrsg.) (2021): Rassismuskritische Bildungsarbeit. Reflexionen zu Theorie und Praxis. Frankfurt am Main
- Kaepernick, Colin (Hrsg.) (2021): Abolition for the People. The Movement for a Future Without Policing & Prisons. New York: Kaepernick Publishing
- Kendi, Ibram X. (2019): How to Be an Antiracist. New York: One World
- Knopp, Luvena (2022): Black Lives Matter – eine Bestandsaufnahme. Online: <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/507013/black-lives-matter-eine-bestandsaufnahme/> (Zugriff: 02.11.2024)
- Ogette, Tupoka (2020): exit RACISM, rassismuskritisch denken lernen. 9. Auflage. Münster
- Schenwar, Maya, Macaré, Joe und Price, Yu-lan (Hrsg.) (2021): Who Do You Serve, Who Do You Protect? Police Violence and Resistance in the United States. Chicago: Haymarket Books

- Vitale, Alex S. (2021): The End of Policing. The problem is not police training, police diversity, or police methods. The problem is policing itself. Updated edition. London und New York: Verso
- Waters, R. (2021): Enlisting Mental Health Workers, Not Cops, In Mobile Crisis Response. In: Health Affairs, 40 (06), S. 864
- erwachsenenbildung.at (2013): Begriffsklärung, inhaltliche Übersicht und Beschreibung inhaltlicher Beispiele, Ausgabe 19. Online: https://www.bildungsserver.de/onlinereource.html?onlinereourcen_id=50549 (Zugriff: 02.11.2024)





„Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“: ein Modellprojekt mit Wirkung?

von Sarah Humbach

Sowohl öffentliche Berichterstattungen rund um rechte Tendenzen und Rassismus innerhalb der Polizei (vgl. bspw. Bellwinkel 2024; Schimmeck 2019) als auch steigende Zahlen von Gewalt gegenüber Polizeibeamt*innen (vgl. BKA 2023) unterstreichen regelmäßig ein komplexes sowie in Teilen angespanntes Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Polizei. Dabei nehmen sowohl die Polizei als auch die Zivilgesellschaft eine bedeutsame Stellung innerhalb des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Zivilgesellschaft „schützt und stärkt Demokratie“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2024, S. 7) und die Polizei ist als „wesentlicher Träger des staatlichen Gewaltmonopols“ (Frevel 2019, S. 9) unter anderem für den Schutz der im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte zuständig.

Vor diesem Hintergrund und um „besser miteinander statt übereinander [zu] reden“ (GSI 2022; GSI et al. 2021, 2022, 2023, S. 2) entstand auf Initiative der Polizeidirektion Oldenburg und unter Koordination des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. (kurz: GSI) gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., der Arbeit und Leben Niedersachsen, dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. sowie amfn e.V. (Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen) eine Kooperation zur Umsetzung des von konkreten Einsatzlagen unabhängigen Begegnungsprojektes „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ (vgl. GSI 2022; GSI et al. 2021, 2022, 2023). Hierdurch wurden nicht nur die



Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses aufgegriffen (vgl. BT-Drs. 17/14600 2013; GSI et al. 2021, 2022, 2023), sondern es wurde auch auf Erfahrungen aus dem Projekt „Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog“ aufgebaut (vgl. Bernhardt 2024).

Im Rahmen der modular aufgebauten Fortbildungsreihe konnten somit zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Polizeibeamt*innen aus der Polizeidirektion Oldenburg in einen Austausch treten. Zwischen April 2022 und April 2024 wurden drei Durchläufe des Projekts umgesetzt (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023). In jedem Durchlauf fand eine Auseinandersetzung mit wechselseitigen Vorurteilen sowie eine inhaltliche Arbeit zu Schwerpunktthemen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Protest und Polizeieinsätze statt (vgl. GSI 2021; GSI et al. 2021, 2022, 2023).

Nach Beendigung des Modellprojekts stellt sich nun die Frage, welche Wirkung ein von Einsatzlagen unabhängiger Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft entfalten kann. Wirkung wird im Sinne des Projekts angelehnt an Strobl und Werner (2024, S. 10) nicht nur als „eine Veränderung bei der Zielgruppe“ verstanden, sondern als eine auf die Maßnahmen im Projekt zurückzuführende, nachweisbare Änderung von Wissen, Einstellungen oder Verhalten. Dieser Beitrag gibt daher zunächst einen Überblick über den Aufbau und die Inhalte des Projekts und betrachtet anschließend die Ergebnisse der projektbegleitenden Evaluation sowie Empfehlungen eines der Gesamtverantwortlichen. Ergänzend hierzu erfolgte eine Untersuchung der Auswirkungen der Fortbildung auf Einstellungen sowie Vertrauen im Rahmen einer Masterarbeit, deren Kernergebnisse ebenfalls aufgegriffen werden.¹

Konzeption und Ziele des Projekts

Das Kernziel des Projekts ist die Stärkung von „Perspektiven für eine gemeinsame Verantwortung für die Demokratie“ (GSI et al. 2021, 2022, 2023, S. 2). Es verfolgt mehrere weitere Ziele: Es schafft eine Plattform für den Dialog zwischen Vertreter*innen beider Seiten, fördert einen Wechsel der individuellen Perspektive bei den Teilnehmenden, erweitert ihre eigenen Netzwerke und vertieft ihre Kenntnisse über die Handlungslogiken der jeweils anderen Gruppe. Darüber hinaus strebt es an, das Wissen über verschiedene Themenfelder zu steigern und eine eigenständige Fortsetzung des Austauschs durch die Teilnehmenden über das Projekt hinaus zu fördern (vgl. GSI 2021; GSI et al. 2021, 2022, 2023).

An den drei Durchläufen der Fortbildung nahmen jeweils circa zehn zivilgesellschaftliche Akteur*innen und zehn Polizeibeamt*innen teil. Ein Durchlauf bestand aus drei Modulen mit einer Dauer von jeweils drei Tagen. Die Teilnehmenden der Polizei waren Polizeibeamt*innen der Polizeidirektion Oldenburg als eine der Kooperationsorganisationen (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023). Durch die Zusammensetzung der Teilnehmenden der Polizei wurden verschiedene dienstliche Verwendungen und Hierarchieebenen – z.B. im Einsatz- und Streifendienst, im Ermittlungsbereich oder im Bereich der Prävention – abgebildet (vgl. Humbach 2023).

Als Teilnehmende der Zivilgesellschaft konnten sich primär zivilgesellschaftlich engagierte Personen aus Niedersachsen und Bremen anmelden. Voraussetzung war ein Einsatz für die Demokratie im Haupt- oder Nebenamt (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023). Als Orientierung galt hierfür die dreigeteilte Begriffsbestimmung nach Kocka (2004), der Zivilgesellschaft „erstens als Typus sozialen Handelns, zweitens als Bereich zwischen Wirtschaft, Staat und Privatsphäre, drittens als Kern eines Entwurfs oder Projekts mit immer noch utopischen Zügen“ (Kocka 2004,

S. 32) unterteilt. Die erste Komponente umfasst Zimmer folgend „den zivilen Umgang miteinander, gewaltfrei und kompromissorientiert“ (2021, S. 1056). Unter die zweite Komponente von Zivilgesellschaft werden freiwillig engagierte und organisierte – z.B. in Organisationen wie Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), Vereinen oder Bündnissen – Personen gefasst (vgl. Kocka 2004; Zimmer 2021). Hierdurch wurde ebenfalls ein vielfältiges Engagement z.B. in den Bereichen der Antidiskriminierungsarbeit oder im Rahmen von Migrant*innenselbstorganisationen abgebildet.

Die Unterbringung erfolgte auf dem Gelände des GSI in Bad Bevensen (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023), so dass eine Teilnahme an der Fortbildung sowie eine Begegnung in alltäglichen Situationen wie beim gemeinsamen Abendessen ermöglicht wurde. Die modulare Fortbildung wurde außerdem von einem Moderationsteam und einer Awareness-Person begleitet. Letztere soll einen diskriminierungs- und rassismussensiblen Lernraum unterstützen (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023). Die Awareness-Person fungiert somit als „parteiliche Ansprechperson für Teilnehmende, die im Seminargeschehen eine, in der Regel unbeabsichtigte Verletzung erfahren oder aus anderen Gründen Gesprächsbedarf mit einer ihnen zugewandten Person anmelden“ (Bernhardt 2024, S. 136). Als eine Kritik an der Einbindung einer Awareness-Person wird jedoch auch eine mögliche Hemmung der Gesprächsdynamik angeführt (vgl. Bernhardt 2024).

Die Konzeption des Projekts ist an den von Gordon W. Allport beschriebenen Voraussetzungen der Kontakthypothese orientiert (vgl. GSI 2021). Allport (1971) geht davon aus, dass unter Berücksichtigung einer Statusgleichheit, der Verfolgung geteilter Ziele und Identifizierung übereinstimmender Interessen sowie der Förderung durch öffentliche Instanzen der Abbau von Vorurteilen zwischen den Mitgliedern zweier Gruppen gefördert wird.

Inhalt der Module

Sowohl die Konzeption als auch die inhaltliche Ausrichtung des Projekts erfolgte unter Einbeziehung aller Kooperationsorganisationen. Hierzu wurde eine sogenannte Steuerungsgruppe mit Mitgliedern aller Kooperationsorganisationen gebildet (vgl. Bernhardt 2024; GSI 2021). Um den komplexen Inhalten in den jeweiligen Modulen gerecht zu werden, wurden sowohl Inputs von externen Referent*innen als auch weitere, zum Teil interaktive Methoden wie z.B. ein Planspiel einbezogen (vgl. Bernhardt 2024). Die Module fanden in einem Abstand von etwa vier bis sechs Wochen statt (vgl. GSI et al. 2021, 2022, 2023).

Das erste Modul „Dialog baut auf Vertrauen: Perspektiven wechseln – Vorurteile aufbrechen – Sensibilisieren“ (GSI et al. 2021, 2022, 2023, S. 2) legte den Fokus auf den Vertrauensaufbau zwischen den Teilnehmenden. Ferner lag das Augenmerk unter anderem auf der Motivation für zivilgesellschaftliches Engagement sowie den Rahmenbedingungen, in denen sich die Polizei bewegt (vgl. GSI 2021).

Im zweiten Modul erfolgte eine Auseinandersetzung mit den Themenschwerpunkten „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GSI 2021, S. 4) und damit zusammenhängenden strukturellen Bedingungen innerhalb der Polizei sowie der Gesellschaft. Das Modul stand unter dem Titel „Rassismus und Rechtsextremismus: Betroffenheit sichtbar machen – Strukturen in den Fokus nehmen“ (GSI et al. 2021, 2022, 2023, S. 2).

Das dritte Modul mit dem Titel „Proteste und Polizeieinsätze: Interaktion und Konfliktodynamik erfahren – Analyse und Kritik üben“ (GSI et al. 2021, 2022, 2023, S. 2) thematisierte verschiedene Formen des Protests und das Aufeinandertreffen von Polizei und Zivilgesellschaft in diesem Kontext (vgl. GSI 2021).

Erkenntnisse aus der Evaluation

Eine Evaluation des Dialogprojektes erfolgte im Auftrag des GSI durch einen externen Anbieter (vgl. Strobl/Werner 2024). Hierzu wurden die Teilnehmenden auf freiwilliger Basis und anonym vor Beginn des ersten Moduls und in Anschluss an das dritte Modul mit einem Online-Fragebogen befragt, sodass ein Vergleich der Antworten ermöglicht wurde. Insgesamt wurden 88 Fragebögen und somit die Antworten von 44 Personen miteinander verglichen (vgl. Strobl/Werner 2024, S. 12). Mit dem Fragebogen wird die Erreichung von vier Mittlerzielen, die sich in 13 Handlungsziele (HZ) unterteilen lassen, überprüft (vgl. Strobl/Werner 2024). Für diesen Beitrag werden vor allem Auszüge der im Rahmen des Abschlussberichts zur Evaluation als „statistisch signifikant[e]“ (Strobl/Werner 2024, S. 13) und/oder „praktisch bedeutsam[e]“ (Strobl/Werner 2024, S. 14) benannten Veränderungen betrachtet, um die Wirkung des Projekts zu untersuchen. Insgesamt kann vorab festgestellt werden, dass die Mittlerziele zu großen Teilen erreicht werden.



¹ Für diese Arbeit wurden sowohl unveröffentlichte Projektunterlagen als auch der unveröffentlichte Abschlussbericht zur Projektevaluation durch das Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V. zur Verwendung freigegeben. Die Untersuchung wurde im Rahmen einer Masterarbeit der Autorin an der Deutschen Hochschule der Polizei im Studiengang *Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement* durchgeführt.

MITTLERZIEL 1	MITTLERZIEL 2	MITTLERZIEL 3	MITTLERZIEL 4
Vertreter*innen von Polizei und Zivilgesellschaft nehmen die jeweils andere Seite differenziert wahr und können ihre Perspektive nachvollziehen.	Vertreter*innen von Polizei und Zivilgesellschaft kennen strukturelle Ursachen, Wirkungsweisen und Folgen von Rassismus und Rechtsextremismus.	Vertreter*innen von Polizei und Zivilgesellschaft kennen Konfliktstrukturen im Protestgeschehen.	Vertreter*innen von Polizei und Zivilgesellschaft setzen den Dialog nach der Fortbildung fort.
HZ 1.1 Die Teilnehmenden haben eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre erarbeitet.	HZ 2.1 Die Teilnehmenden kennen verschiedene Formen von Rassismus, Rechtsextremismus und haben ein gemeinsames Begriffsverständnis.	HZ 3.1 Die Teilnehmenden wissen, wie sich Polizei und Zivilgesellschaft auf verschiedene Protestformen vorbereiten und damit umgehen.	HZ 4.1 Die Teilnehmenden kennen und schätzen Vertreter*innen der jeweils anderen Seite und haben Kontakte geknüpft.
HZ 1.2 Die Teilnehmenden können „Polizei“ und „Zivilgesellschaft“ abgrenzen und definieren und haben verschiedene Positionen der jeweils anderen Seite erfahren.	HZ 2.2 Die Teilnehmenden haben Einblick in die Perspektive der von Rassismus direkt betroffenen Personen erhalten.	HZ 3.2 Die Teilnehmenden wissen, welche Vorgehensweisen welche Reaktionen bei der jeweils anderen Seite hervorrufen können.	HZ 4.2 Die Teilnehmenden tauschen mit Vertreter*innen der jeweils anderen Seite Informationen aus.
HZ 1.3 Die Teilnehmenden kennen die Handlungslogiken, Handlungsmotivationen und mögliche Dilemmata der jeweils anderen Seite.	HZ 2.3 Die Teilnehmenden kennen die Folgen von diskriminierenden Handlungen und Strukturen.		HZ 4.3 Die Teilnehmenden geben Erfahrungen aus der Fortbildung an Kolleg*innen bzw. Mitstreiter*innen weiter.
HZ 1.4 Die Teilnehmenden können sich in eine Situation aus der Perspektive der jeweils anderen Seite hineinversetzen.	HZ 2.4 Die Teilnehmenden kennen die Handlungskonzepte bei Einflussnahmen von Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus auf Polizei und Zivilgesellschaft.		

Quelle:
in Anlehnung an Strobl/Werner
(2024, S. 7–9)

Mit Blick auf das Mittlerziel 1 und seine Handlungsziele lässt sich festhalten, dass den „Erwartungen an vertrauensvolle Gespräche“ (Strobl/Werner 2024, S. 18) entsprochen wurde oder diese übertroffen wurden und somit insgesamt eine „vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre“ (Strobl/Werner 2024, S. 15) geschaffen werden konnte, auch wenn aus Sicht der polizeilichen Teilnehmenden die Erwartungen an einen „offene[n] Meinungsaustausch“ (Strobl/Werner 2024, S. 16) nicht erfüllt wurden. Dem Abschlussbericht der Evaluation (vgl. Strobl/Werner 2024) folgend könnte ein möglicher Grund das auf Seiten der Polizeibeamt*innen entstandene Gefühl sein, sich nicht frei über Aspekte austauschen zu können, die bei den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft auf Kritik stoßen könnten. Interessant ist zudem, dass die Zivilgesellschaft von beiden Seiten nach einer Projektteilnahme heterogener wahrgenommen wird, die Polizei hingegen nur von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Im Ergebnis wird das Ziel einer gegenseitigen differenzierteren Wahrnehmung (vgl. Mittlerziel 1) allerdings erfüllt und somit eine Wirkung im Projekt verzeichnet (vgl. Strobl/Werner 2024). Weiterhin wird anhand der Evaluationsergebnisse deutlich, dass gestiegene Kenntnisse unter anderem über die Motivation und Handlungslogiken der jeweils anderen Gruppe festgestellt werden können. Insbesondere die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft gewinnen an Kenntnissen über die Polizei. Die genaue Wirksamkeit des Projekts kann diesbezüglich jedoch nicht überprüft werden (vgl. Strobl/Werner 2024). Weiterhin nimmt die „Bedrohlichkeit der anderen Gruppe“ (Strobl/Werner 2024, S. 27) ab. In diesem Kontext verstehen vor allem die Polizeibeamt*innen nach der Fortbildung zudem eher, dass sich die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft von der Polizei gelegentlich „persönlich angegriffen fühlen“ (Strobl/Werner 2024, S. 29). Hier kommt es somit zu einer Wirkung im Projekt. Von Interesse ist überdies, dass die Offenheit zum Perspektivwechsel auf Seiten der Polizei – aus bislang nicht identifizierten Gründen – abgenommen hat und auf Seiten der zivilgesellschaftlichen Teilnehmenden gewachsen ist. Somit lässt sich diesbezüglich ein Widerspruch identifizieren, und folglich kann eine Wirkung des Projekts nicht festgestellt werden (vgl. Strobl/Werner 2024).

Hinsichtlich des Mittlerziels 2 lässt sich als Wirkung festhalten, dass im Laufe der Fortbildung eine gemeinschaftliche Definition des Terminus Rassismus erarbeitet wurde, wobei sich die Polizeibeamt*innen der Begriffsauffassung der Teilnehmenden der Zivilgesellschaft annäherten. Zudem ist die bereits vor dem Projekt als hoch angegebene Empathie gegenüber Menschen, die Rassismus erfahren, weiter gestiegen. Als eine weitere Wirkung des Projekts hat sich außerdem das Bewusstsein für die eigenen Privilegien verbessert. Weiterhin schreiben sich die Vertreter*innen beider Seiten nach einer Teilnahme an der modularen Fortbildung „Haltung zeigen“ eine höhere Widerstandskraft gegenüber der Beeinflussung durch rechte Kräfte zu, wobei dies in Bezug auf die Zivilgesellschaft stärker ausgeprägt ist und somit eine Wirkung des Modellprojekts darstellt (vgl. Strobl/Werner 2024). Zum Mittlerziel 3 lässt sich hinsichtlich der Akzeptanz verschiedener von der Zivilgesellschaft angewendeter Formen von Protest („Sitzblockaden“, „Campen“, „Fünf-Finger-Taktik“ (Strobl/Werner 2024, S. 44)) eine deutliche Steigerung auf Seiten der polizeilichen Teilnehmenden und somit eine Wirkung des Projekts feststellen. Der hohe Grad des Verständnisses für diese Arten von Protest seitens der Vertreter*innen der Zivilgesellschaft lässt sich auch nach einer Projektteilnahme identifizieren (vgl. Strobl/Werner 2024). Die befragten Teilnehmenden hatten außerdem sowohl vor als auch nach der Projektteilnahme unterschiedliche Meinungen zur Fragestellung, welche Reaktion von der Polizei im „Umgang mit einer schwierigen Gegendemonstration“ (Strobl/Werner 2024, S. 47) zu erwarten ist, so dass eine Übereinstimmung mit dem entsprechenden Handlungsziel 3.2 nicht festgestellt werden kann. Abschließend wird bezüglich des Mittlerziels 4 hinsichtlich des „interpersonalen Vertrauens“ (Strobl/Werner 2024, S. 51) zwischen Polizei und Zivilgesellschaft festgestellt, dass auf beiden Seiten ein Vertrauenszuwachs zu verzeichnen ist, der auf Seiten der Polizei stärker ausgeprägt ist. Dem Abschlussbericht der Evaluation folgend lässt sich dies auf die Konzeption des Projekts zurückführen und kann somit als eine Wirkung festgehalten werden (vgl. Strobl/Werner 2024). Darüber hinaus erhoffen sich 94 Prozent der befragten Personen auch im An-

schluss an die Projektteilnahme Kontakt zu Teilnehmenden der jeweils anderen Seite. Dies wird jedoch lediglich von 41 Prozent bei der Durchführung der Erhebung im Anschluss an das dritte Modul bereits umgesetzt (vgl. Strobl/Werner 2024, S. 52). Außerdem ist es aufgrund der Fortbildungsteilnahme nicht zu einem verstärkten Teilen von Informationen zwischen den beiden Seiten gekommen, so dass eine Wirkung in Bezug auf das Handlungsziel 4.2 nicht zu verzeichnen ist. Bezüglich einer Multiplikation der Erkenntnisse aus dem Projekt im Sinne des Handlungsziels 4.3 geben allerdings über 80 Prozent an, in unterschiedlichen Formaten (z. B. informeller Austausch, Besprechungen) und mit verschiedenen Schwerpunkten (z. B. Projekthinhalte, Sprachsensibilität) die eigenen Erlebnisse geteilt zu haben (vgl. Strobl/Werner 2024, S. 54).

In Bezug auf den beschriebenen Einsatz der Awareness-Person sind unterschiedliche Ansichten zu verzeichnen. So erachteten 59 Prozent der Teilnehmenden den Einsatz als „eher hilfreich“ oder „sehr hilfreich“ (Strobl/Werner 2024, S. 55). Es gaben allerdings 22 Prozent an, die Anwesenheit als „eher störend“ oder „sehr störend“ (Strobl/Werner 2024, S. 55) zu empfinden.

Den Evaluationsergebnissen (vgl. Strobl/Werner 2024) folgend wurde aufgrund der umfassenden Konzeption des Projektes „Haltung zeigen“ und der Möglichkeit zum Austausch abseits des formellen Fortbildungsrahmen ein Dialog zwischen den Polizeibeamt*innen und den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ermöglicht. Zusammenfassend liegt die Wirkung von „Haltung zeigen“ in der Gestaltung einer „vertrauensvolle[n] Gesprächsatmosphäre“ (Strobl/Werner 2024, S. 15), einer erhöhten wechselseitigen Zuschreibung von Heterogenität und damit einhergehend einer differenzierten Wahrnehmung der jeweils anderen Seite, einer wechselseitigen Abnahme der wahrgenommenen Bedrohlichkeit, einer gemeinsamen Definition des Terminus Rassismus, dem gestärkten Bewusstsein für die eigenen Privilegien sowie vor allem auf Seiten der Polizei in einem erhöhten Verständnis für verschiedene Arten von Protest und in einer Steigerung des Vertrauens.

Resümierend kommen Strobl/Werner zu dem Ergebnis, dass „mit der Fortbildung eine gute Grundlage für eine Kooperation zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zur gemeinsamen Stärkung der Demokratie geschaffen wurde“ (2024, S. 63).

Lernerfahrungen der Verantwortlichen

Ergänzend zu den Evaluationsergebnissen arbeitete Daniel Bernhardt als über weite Strecken Gesamtverantwortlicher für das Projekt verschiedene Faktoren heraus, die zum Gelingen beitrugen. Damit zukünftige Initiativen von den durch die Evaluation aufgezeigten positiven Aspekte eines solchen Projekts profitieren können, werden einige dieser Faktoren nachfolgend aufgeführt (vgl. Bernhardt 2024, S. 131–136): Einbindung von unterschiedlich engagierten NGO und Vereinen für eine breite Expertise, Unterstützung durch Leitungsebenen der Polizei sowie der zivilgesellschaftlichen Kooperationsorganisationen, Vertrauensaufbau zwischen den Kooperationsorganisationen bzw. den Mitgliedern der Steuerungsgruppe, u.a. durch ausreichend Zeit zur Projektkonzeption, Kooperationsvereinbarung als Grundlage der Zusammenarbeit, Überzahl der zivilgesellschaftlichen Kooperationsorganisationen gegenüber einer Polizeibehörde, Projektleitung durch eine Organisation wie das GSI, z.B. zur Vermittlung zwischen den Kooperationsorganisationen, Orientierung der Themenauswahl an aktuellen gesellschaftlichen Debatten, Vertrauensaufbau zwischen den teilnehmenden Personen für einen offenen Dialog, „geschützter Lernraum“ (Bernhardt 2024, S. 134) durch „Vertraulichkeit“, „Eigenverantwortung“, „Freiwilligkeit“, „Anlassunabhängigkeit“, „persönliche Erfahrungen“ sowie „Fehlerfreundlichkeit“ (Bernhardt 2024, S. 133–134), Kombination unterschiedlicher Inputs bzw. Formate zur Dialoggestaltung, Umsetzung der Fortbildung mit Übernachtungsgelegenheit an einer möglichst neutralen Örtlichkeit, heterogene Zusammensetzung der Teilnehmenden von Polizei und Zivilgesellschaft und Einbeziehung von direkt von Rassismus oder Diskriminierung betroffenen Personen.

Erkenntnisse der Masterarbeit

Für die Masterarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei wurden je sechs Teilnehmende der Zivilgesellschaft und der Polizei aus allen drei Durchläufen der Fortbildung sowie drei Expert*innen, die in die Konzeption oder die Ausgestaltung des Projekts eingebunden waren, mittels leitfadengestützter Interviews (vgl. bspw. Helfferich 2022) zu den Auswirkungen der Fortbildungen auf Einstellungen und Vertrauen sowie hemmenden und förderlichen Faktoren im Projekt befragt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um subjektive Erfahrungswerte handelt, die lediglich Einzelmeinungen abbilden und nicht repräsentativ für alle Teilnehmenden sind (vgl. Humbach 2024).

Als Kernerkenntnisse aus der Masterarbeit werden Auswirkungen auf einer „zwischenmenschlichen Ebene“, einer „Gruppenebene“ sowie einer „Verhaltensebene“ (Humbach 2024, S. 81) festgestellt. Es kam dementsprechend einerseits zu Veränderungen der Einstellungen und des Vertrauens zwischen den an der Fortbildung teilnehmenden Personen und andererseits war dies die Basis, um die individuelle Sicht auf die Zivilgesellschaft oder die Polizei zu ändern sowie das eigene Verhalten zu reflektieren. Hierbei brachte der Austausch im Rahmen der modularen Fortbildung nicht zwingend eine Veränderung von tief verwurzelter Kritik – z.B. am Organisationsaufbau der Polizei – oder ein enges Vertrauensverhältnis zwischen allen Teilnehmenden mit sich, jedoch führte ein als positiv wahrgenommenes Aufeinandertreffen zu einer erhöhten Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft (vgl. Humbach 2024). Dies wird beispielsweise anhand der Aussage eines Polizeibeamten² deutlich:

Dass man schon auch eine gewisse Nähe zugelassen hat, die man sich am Anfang hätte gar nicht erträumen lassen – in Anführungszeichen –, dass man das hätte gar nicht in Erwägung gezogen und dann aber sagt: Wir haben so eine tolle Zeit miteinander verbracht, so eine intensive Zeit miteinander verbracht, die uns auch hat zusammenwachsen lassen. (Interview 01)

² Die folgenden Aussagen stammen aus Interviews, die im Rahmen der Masterarbeit mit verschiedenen Beteiligten des Projekts geführt wurden. Aus Gründen der Vertraulichkeit werden die Transkripte nicht veröffentlicht.

Dies wird auch durch die Zivilgesellschaft bestätigt:

Selbst wenn mir jetzt was passiert, ich habe jetzt Nummern, die ich fragen könnte. So auch wenn sie mir vielleicht nicht helfen können, aber ich hätte da irgendwie wen, der einfach von der anderen Seite ist. So, ich glaube, das macht ganz viel mit dem Herzen vielleicht. (Interview 12)

Auf Seiten der teilnehmenden Polizeibeamt*innen stieg zudem unter anderem die Sensibilität für einen diskriminierungsfreien Sprachgebrauch, und die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement wird nun stärker anerkannt (vgl. Humbach 2024). Dies wurde durch eine Polizeibeamtin verdeutlicht:

Ich glaube, weil man so die Leidenschaft der Person, die zum Beispiel jetzt auch auf Demonstrationen oder Versammlungen gehen, mehr gezeigt hat. Also dadurch hat man gemerkt: Okay, die machen das natürlich nicht, um irgendwie gewaltsam zu agieren, zumindest nicht alle. Und da steckt halt so viel mehr hinter. Nichtsdestotrotz finde ich natürlich alles, was irgendwie in diese gewaltbereite Richtung geht, nicht gut. (Interview 13)

Ebenso wurde von den befragten Teilnehmenden der Zivilgesellschaft – analog zu den Evaluationsergebnissen – eine differenziertere Wahrnehmung und ein in Teilen gestiegenes Verständnis für das polizeiliche Handeln geschildert:

*Es fällt mir ein bisschen leichter, [...] mit den (...) Polizist*innen zu reden, mich zu treffen, zusammen zu kommen als damals. [...] [D]as hat ein bisschen etwas geändert durch (...) die Seminare oder durch das Projekt. Und [...] ich bemühe mich immer erstmal einen Schritt zu versuchen, zu verstehen. [...] Und jetzt habe ich auch ein bisschen mehr Informationen, die mir auch die Möglichkeit geben, das allein zu verarbeiten, zu verstehen, zu einordnen.* (Interview 11)

Insgesamt war eine Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmenden die Basis für Veränderungen und einen offenen Dialog. Zugleich führte eine teilweise als negativ wahrgenommene Begegnung auch zu einer Verringerung des Vertrauens bei einer der befragten Teilnehmer*innen der Zivilgesellschaft (vgl. Humbach 2024).

Die Auswertung der Interviews ermöglichte es, zentrale Erfolgsfaktoren für das anlassunabhängige Begegnungsformat zu identifizieren. Diese Erkenntnisse ergänzen und bestätigen die von Bernhardt (2024) dargelegten Aspekte. Diese sind „entweder auf strategisch-organisatorischer Ebene oder auf operativer Ebene“ sowie während der Phasen „Projektkonzeption, Projektdurchführung und Projektnachbereitung“ (Humbach 2024, S. 71) von Relevanz und werden in diesem Beitrag lediglich auszugsweise dargestellt. Hierzu zählen – wie von Allport (1971) beschrieben – die Gewährleistung einer Statusgleichheit in Form einer Begegnung auf Augenhöhe, eine Unterstützung der modularen Fortbildung durch polizeiliche Führungskräfte sowie die Identifizierung übereinstimmender Interessen (vgl. Humbach 2024). Darüber hinaus wurden als wesentlich eine heterogene Zusammensetzung von freiwillig teilnehmenden Personen mit einer Multiplikationsmöglichkeit, die Ermöglichung eines Kennenlernens – im Sinne des vom GSI angestrebten „Leben und Lernen unter einem Dach“ (GSI 2024, o. S.)³ –, die Anlassunabhängigkeit des Projekts, eine Offenheit der teilnehmenden Personen und – entgegen den Evaluationsergebnissen – ein Perspektivwechsel erachtet (vgl. Humbach 2024). Des Weiteren befürworteten die Teilnehmenden zum Großteil den Einsatz einer Awareness-Person. Allerdings gaben die Teilnehmenden der Zivilgesellschaft zu bedenken, dass die Teilnahme von Vorgesetzten sowie Kolleg*innen bei den Polizeibeamt*innen zu einer Einschränkung in ihren Beiträgen führen könnte. Dies wurde durch die befragten Polizeibeamt*innen jedoch nicht bestätigt. Insgesamt sind sich die befragten Teilnehmenden von Polizei und Zivilgesellschaft einig, dass sie eine stärkere regionale Ausrichtung des Projekts begrüßt hätten, da die neuen Kontakte dann direkt bei der Arbeit bzw. dem Engagement vor Ort hätten genutzt werden können (vgl. Humbach 2024). Zudem wurden durch die interviewten Personen für solche Projekte hinderliche Faktoren benannt. Hierbei handelt es sich um

³ Dieses Arbeitsmotto ist ein Bestandteil des Leitbildes des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. und zielt darauf ab, dass Menschen an einem Ort zusammenkommen, um dort für die Dauer der Fortbildung gemeinsam zu leben und zu lernen (vgl. GSI 2024).

eine Ungleichheit in den Voraussetzungen zur Teilnahme, beispielsweise die Teilnahme während der Arbeitszeit oder in der Freizeit und die Übernahme der Kosten für die Fortbildung (vgl. Humbach 2024). Hierauf weist auch Bernhardt (2024) hin. Außerdem wurden fehlende Strukturen zur Etablierung eines langfristig angelegten Netzwerks kritisiert (vgl. Hmbach 2024).

Fazit

Die Evaluation und die Ergebnisse der Masterarbeit belegen die vielschichtige Wirkung des Projekts „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“:

1. Es schafft eine Möglichkeit zur Bildung einer Vertrauensbasis zwischen Vertreter*innen beider demokratisch relevanten Gruppen, die einen offenen Dialog ermöglicht.

2. Dieser Dialog fördert das Verständnis für die Heterogenität der jeweils anderen Seite und führt zu einer differenzierteren Wahrnehmung.

3. Eine Erweiterung der eigenen Perspektive wird begünstigt, weil mit dem Dialog zwar nicht automatisch das Teilen einer Meinung einhergeht, aber der intensive Austausch über diverse Themen und Ansichten im Vordergrund steht.

Diese Effekte tragen zur Stärkung des demokratischen Diskurses bei, indem sie Verständnis und Reflexion fördern. Die Wirkung entfaltet sich hierbei vor allem auf einer individuellen Ebene durch die Reflexion der eigenen Haltungen oder die Veränderung des eigenen Verhaltens. Als wesentlich kann zudem eine gestiegene Kontakt- und Kooperationsbereitschaft benannt werden, die sowohl in den Interviews im Rahmen der Masterarbeit unterstrichen wurde als auch an dem Wunsch zum Kontakt im Anschluss an die Fortbildung, der aus der Evaluation hervorgeht, deutlich wird. Da die persönlichen Erfahrungswerte aus der Fortbildung zudem bereits in vielfältiger Weise weitergegeben wurden, liegt eine wesentliche Wirkung in einer angestrebten Fortsetzung des Dialogs.

Abschließend lässt sich festhalten: Das Projekt „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ schafft durch seinen anlassunabhängigen Begegnungsansatz eine wirk-same Grundlage für positive Veränderungen. Es fördert ein vertieftes gegenseitiges Verständnis und steigert die Bereitschaft zur Kommunikation zwischen den Beteiligten. Es ist somit ein Projekt mit Wirkung.

Sarah Humbach ist Polizeirätin und gehört der Polizeidirektion Oldenburg (Landespolizei Niedersachsen) an. Sie hat im September 2024 das Masterstudium *Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement* an der Deutschen Hochschule der Polizei abgeschlossen. Im Rahmen ihrer Masterarbeit hat sie sich mit den Auswirkungen von Begegnungen zwischen Polizei und Zivilgesellschaft im Rahmen von Dialogprojekten sowie begünstigenden und hemmenden Faktoren solcher Formate auseinandergesetzt. Vor dem Studium war sie an der Konzeption des Projektes „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ beteiligt.



Quellen/Literatur

Allport, Gordon Willard (1971): Die Natur des Vorurteils. Köln: Kiepenheuer & Witsch

Bellwinkel, Sebastian (2024): Alles nur Einzelfälle? Rassismus in der Polizei. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rassismus-polizei-104.html> (Zugriff: 11.09.2024)

Bernhardt, Daniel (2024): Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft im Rahmen der politischen Bildung: Einblicke in die Praxis und ihrer Wirksamkeit. In: Mauri, Martin (Hrsg.): Tagungsband. Kongress Netzwerk Demokratiestarke Polizei II. Polizei und Demokratiearbeit – Forschung, Projekte und Diskurse. Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 127–140

Bundeskriminalamt 2023: Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte. Bundeslagebild 2022. V 1.0. Wiesbaden. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/GewaltGegenPVB/GewaltGegenPVBBundeslagebild2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff: 30.08.2024)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2024): Die Zusammenarbeit des Bundesentwicklungsministeriums mit der Zivilgesellschaft. Solidarisch international Verantwortung übernehmen! <https://www.bmz.de/resource/blob/209008/zusammenarbeit-mit-der-zivilgesellschaft.pdf> (Zugriff: 18.09.2024)

Bundestags-Drucksache (2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. BT-Drs. 17/14600 <https://dserver.bundestag.de/btd/17/146/1714600.pdf> (Zugriff: 11.09.2024)

Frevel, Bernhard (2019): Polizei in Staat und Gesellschaft – Eine Einführung. In: Frevel, Bernhard/Salzmann, Vanessa (Hrsg.): Polizei in Staat und Gesellschaft. Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge. Hilden: Verlag Deutsche Polizeiliteratur, S. 9–14

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. (2021): Vorschlag für ein Modellprojekt gefördert durch die BpB (Projektbeschreibung). „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ (unveröffentlicht)

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V. (2022): +++ Pressemitteilung des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. +++ Modellprojekt „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ +++ <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/62353/5180319> (Zugriff: 30.08.2024)
Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V. (2024): Leitbild. <https://gsi-bevensen.de/das-gsi/leitbild.html> (Zugriff: 14.10.2024)

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V./Polizeidirektion Oldenburg/Arbeit und Leben Niedersachsen/Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V./Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V./amfn e.V. Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen (2021): Flyer 2022 – Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Modellprojekt und modulare Fortbildung. https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2021/12/211208_Haltungzeigen_Flyer.pdf (Zugriff: 30.08.2024)

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V./Polizeidirektion Oldenburg/Arbeit und Leben Niedersachsen/Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V./Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V./amfn e.V. Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen (2022): Flyer 2023 – Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Modellprojekt und modulare Fortbildung. https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2022/11/Flyer_Haltungzeigen_2023.pdf (Zugriff: 30.08.2024)

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V./Polizeidirektion Oldenburg/Arbeit und Leben Niedersachsen/Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V./Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V./amfn e.V. Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen (2023): Flyer 2024 – Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Modellprojekt und modulare Fortbildung. https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2023/11/231103_Flyer_Interaktiv.pdf (Zugriff: 30.08.2024)

Helfferich, Cornelia (2022): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 875–892

Humbach, Sarah (2023): „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“. Ein Interview mit Polizeipräsident Johann Kühme. In: proPolizei 1/2023, S. 4–5

Humbach, Sarah (2024): Begegnungen zwischen Polizei und Zivilgesellschaft – Eine Analyse der Auswirkungen auf Einstellungen und Vertrauen. Masterarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei (unveröffentlicht)

Kocka, Jürgen (2004): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Jessen, Ralph/Reichardt, Sven/Klein, Ansgar (Hrsg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–42

Schimmeck, Tom (2019): Zu viele Einzelfälle. Rechtsextremismus bei der Polizei. <https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-bei-der-polizei-zu-viele-einzelfaelle-100.html> (Zugriff: 11.09.2024)

Strobl, Rainer/Werner, Merle (2024): Abschlussbericht zur Evaluation des Modellprojekts Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft. Hannover: proVal GbR (unveröffentlicht)

Zimmer, Annette (2021): Zivilgesellschaft. In: Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Marschall, Stefan/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 1053–1059





„Wenn ich was für meine Kinder tun will, dann muss ich mit der Polizei reden“

Interview mit Anke Egblomassé und Kai Weber, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in der Steuerungsgruppe im Projekt „Haltung zeigen“

Das Interview führte Iwona Domachowska.

ID: Als ihr von der Idee zum ersten Mal gehört habt, am Projekt „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ teilzunehmen, was war der erste Gedanke bzw. die erste Reaktion darauf?

KW: Bei uns war es eine verhaltene Reaktion insofern, als dass wir nicht sicher waren, ob das eine gute Idee ist. Es gibt bis heute durchaus eine ganze Reihe von Konflikten rund um die Anwendung unmittelbaren Zwangs gegenüber Geflüchteten. Uns war klar, dass eine Zusammenarbeit mit der Polizei in einem solchen Format durchaus als „Kollaboration mit dem Feind“ interpretiert werden und entsprechend auf Ablehnung stoßen könnte. Wir haben das zunächst intern diskutiert und abgewogen, ob wir uns daran beteiligen wollten.

AE: Als ich davon zum ersten Mal gehört habe, wusste ich, dass es ein Bundesprojekt gibt, da ich mich schon länger mit dem Thema „Racial Profiling“ beschäftigt habe. Und ich fand es interessant. Daraufhin haben wir auch intern Diskussionen geführt.

ID: Warum haben sich eure Organisationen letztlich dafür entschieden, am Projekt teilzunehmen? Was waren die Beweggründe bzw. wie sind die Diskussionen dazu verlaufen?

KW: Zum einen haben wir auf Vorstandsebene darüber gesprochen, und da war es ganz schnell klar, dass wir das im Grundsatz befürworten. Schwieriger war das im Umgang mit anderen Gruppen und mit dem Feld, aber am Ende überwog natürlich die Haltung zu sagen: Wir brauchen eine gute Polizei. Um hier

IV

zur Verbesserung zu kommen, müssen wir miteinander reden. Insofern blieb keine andere Konsequenz als zu sagen: Wir müssen auf verschiedenen Ebenen in Gespräche gehen. Und dieses Format stellte eine interessante Variante dar, in dem sich verschiedene Initiativen und Polizeibeamt*innen begegnen und sich über ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen austauschen. Ich glaube jedoch, wir hatten die Möglichkeiten überschätzt, über solche Formate Änderungen in der Führung herbeizuführen. Das hat nicht stattgefunden. Aber der Erfolg oder die Wirkung des Projekts beruhte ja auch auf der Ebene einer direkten Kommunikation, und das hat durchaus funktioniert.

AE: Der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) ist ein Bildungsträger und hat den Schwerpunkt politische Bildung. Deswegen ist Demokratieförderung und Dialog – auch gerade schwierige Dialoge zu führen – interessant und unsere Aufgabe. Aber es gab die Frage: Ist es sinnvoll, die Energie in den Dialog mit der Polizei zu stecken? Oder sollte man die Energie nicht eher für Menschen und Gruppen aufwenden, die nicht so privilegiert sind? Es gab auch Zurückhaltung wegen der Mitglieder und Kooperationspartner*innen im VNB. Das sind zum Teil Selbstorganisationen von Gruppen, die im Fokus des polizeilichen Handelns stehen, gerade in Bezug auf Racial Profiling. Und da ist schon die Frage, inwieweit eine Person, die regelmäßig an Bahnhöfen kontrolliert wird, Interesse daran hat, mit der Polizei zu sprechen, wenn sie regelmäßig in das Cluster fällt. Das ist auch die Frage danach, inwieweit die Organisationen daran Interesse haben. Wir haben uns letztlich dafür entschieden, wobei das insgesamt nicht so einfach war.

ID: Die Frage danach, welchen Schwerpunkten man Energie widmet, ist dabei gut nachvollziehbar. Vor allem da, wo es berechnete Vorbehalte gibt, bestimmte Kooperationen einzugehen. Was hat letztlich dazu beigetragen, dass es in den Organisationen doch eine interne Motivation gab, beim Projekt „Haltung zeigen“ mitzumachen?

AE: *Wir sind ein Netzwerk von Vereinen und Initiativen, wir haben knapp 50 Mitglieder und ca. 200 Kooperationspartner*innen. Ich habe speziell mit Mitgliedern gesprochen, den Selbstorganisationen. Ich habe auch in meiner Familie und in meinem persönlichen Umkreis gefragt. Da gab es einfach auch das Interesse, mit der Polizei zu sprechen. Auch Eltern, die afrikanischer Herkunft sind, sagten: „Wenn ich was für meine Kinder tun will, dann muss ich mit der Polizei reden; und hier habe ich eine Gelegenheit.“*

ID: Im Flüchtlingsrat wurde offensichtlich die Erwartung etwas überschätzt, was das Projekt bewirken soll. Die Wirkung war nun anders als ursprünglich erwartet. Was hat das Projekt aus deiner Sicht gebracht?

KW: *Interessant und spannend war ja, dass eine ganze Reihe von migrantischen Vertreter*innen sich eingemischt und diese Gespräche aktiv geführt hat. Ich glaube, wenn wir bei migrantischen Initiativen auf massive Kritik gestoßen wären, dann wäre das im Flüchtlingsrat schwierig durchzuführen gewesen. Aber wir hatten da ein durchaus geteiltes Feld und stießen auf einige migrantische Vertreter*innen, die diese Gespräche führen wollten. Die Rückmeldungen, die wir von diesen Personen erhalten haben, waren durchaus positiv. Wir hatten den Eindruck, dass es hier auf allen Seiten zu Prozessen kam, die etwas mit den beteiligten Menschen gemacht haben. Um ein Beispiel für eine Art „Kreuzverbrüderung“ zu nennen: Weiß gelesene Teilnehmer*innen aus Initiativen verbündeten sich mit teilnehmenden Polizist*innen gegen die Moderatorin sowie die Awareness-Person, beide mit Migrationsgeschichte. Das war für uns überraschend, aber das hat natürlich unsere internen Debatten weiter beflügelt und bestimmt, weil das Entwicklungen sind, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Sie zeigen, dass die Konfliktlage widersprüchlich und mehrdeutig*

ist und dass wir auch in unseren eigenen Strukturen mit problematischen Haltungen zu tun haben, mit denen wir politisch und inhaltlich arbeiten. Struktureller Rassismus, der auch bei uns da ist. Das war eine Lernerfahrung, die auch unseren Umgang mit dem Feld und im Feld ein Stück weit verändert hat.

ID: Dadurch zeigen sich Mechanismen, die sonst im Alltag auch zur Ausgrenzung von Migrant*innen führen?

KW: *Genau, und zwar auch in unserem eigenen „Lager“. In unseren Strukturen haben wir auch Debatten und Machtverhältnisse, die kritisch zu reflektieren sind. Das ist eine Agenda, der wir uns verstärkt zuwenden müssen. Das haben diese Seminare gezeigt, insofern waren sie für uns lehrreich. Das Strukturelle, d. h. das in den Seminaren thematisierte Machtgefälle, ändert sich dadurch nicht. Die Tatsache, dass die Polizei als Exekutive eine Gewalt innehat, die angewandt wird und deren Opfer in spezifischer Weise migrantisch gelesene Personen sind, ist weiterhin ein Thema. Aber das dichotomisch aufzulesen: Hier, wir: „die Guten“, und da, ihr: „die Bösen“, – das geht natürlich nicht. Auch die Polizei hat sich als ein widersprüchlicher Apparat gezeigt, in dem es interne Kämpfe und Auseinandersetzungen gibt. Das Bild, was ich mir in den Seminaren erschlossen habe, war durchaus widersprüchlich. Und das war spannend und bietet ja auch Ansatzpunkte für einen differenzierten Umgang mit dem Feld.*

ID: Anke, möchtest du zu diesem Komplex etwas ergänzen? War das für dich auch eine mögliche Erkenntnis für die politische Bildung?

AE: *Ich fand diese Positionierung – quer zur Polizei-Zivilgesellschaft beim Thema Rassismus gegen Schwarze – bemerkenswert. Es ist nicht das erste Mal, dass ich so etwas sehe, denn unter Angriff schließen sich die Gruppen zusammen (lacht), aber ich fand das schade für das Thema. Weil ich glaube, dass mehr die persönliche als institutionelle Ebene angesprochen wurde. Dabei ist Racial Profiling ja ein institutionelles Problem.*

ID: Das sind sicherlich lessons learnt für die Zukunft. Nun zu der gesamten Kooperation, die ja zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der Polizei und dem GSI als Bildungsstätte stattgefunden hat. Welche Dinge haben gut und welche weniger gut funktioniert? Gibt es dazu Gelingensbedingungen, die man hierfür benennen kann, damit das Projekt überhaupt stattfinden konnte?

KW: *Auf der persönlichen Ebene hat das gut funktioniert. Der Umgangston war freundlich, wir waren bemüht und haben, glaube ich, einen professionellen Umgang miteinander gepflegt. Es gab durchaus Situationen, wo die übergeordneten Konflikte uns einzuholen drohten. Der Sinn des Ganzen lag jedoch aus meiner Sicht im Kleinen, in der konkreten Stiftung von Auseinandersetzung zwischen Personen und Personengruppen, die ansonsten miteinander wenig oder nichts zu tun haben und deren gegenseitige Befruchtung dem Ziel dient, ein größeres Verständnis und vielleicht eine größere Offenheit bei denjenigen zu erreichen, die exekutive Macht haben. Und natürlich auch ein Verständnis bei denjenigen zu fördern, die einer polizeilichen Exekutivgewalt ausgesetzt sind.*

AE: *Zuerst muss sich ein bisschen Vertrauen entwickeln, was Kai auch schon beschrieben hat. Das Vertrauen entsteht erstmal zwischen den Personen und nicht den Institutionen. Das ist die Voraussetzung für die Kooperation. Und ich denke, dann hilft Kontinuität bei den Personen. Es war auch wichtig, dass wir uns ganz am Anfang wirklich analog getroffen haben. Dort wurde die Grundlage dafür gelegt, dass die weiteren Absprachen per Zoom laufen konnten. Ich denke, was schwierig ist: Es braucht Zeit und Energie, die sowohl bei der Zivilgesellschaft als auch bei der Polizei knapp ist.*

ID: Was sind eurer Meinung nach die größten Herausforderungen, wenn es um die zwei Akteur*innen – Zivilgesellschaft und Polizei – und die Zusammenarbeit zwischen ihnen geht?

AE: *Was geklappt hat, ist einen Dialog herzustellen, und zwar auf persönlicher Ebene: Begegnungen, Vertrauen, Perspektivwechsel. Aber für mich stellt sich die Frage: Inwiefern schlagen sich diese persönlichen Begegnungen in strukturellen Veränderungen nieder? Das ist die große Frage, um das am Beispiel*

vom Racial Profiling klarzumachen. Wenn mein Ziel als NGO es ist, dass ich Racial Profiling abschaffe, dann habe ich nach diesem Projekt einen gelungenen Dialog, aber Racial Profiling gibt es immer noch.

Die Frage ist: Wie mache ich weiter damit? Ich habe neue Kontakte innerhalb der Polizei, aber die strukturelle Reibung bleibt bei den Themen. Und die Frage ist: Wie kommt die Zivilgesellschaft mit ihren Anliegen weiter, und zwar über den persönlichen Dialog und das Kennenlernen hinaus? Ich denke, das könnte man auffangen, indem man im Vorfeld genauer in die Zieldefinition geht: Was will ich als Organisation? Was will die Polizei? Und was wollen wir zusammen mit dem Projekt?

KW: *Genau. Um das an einem Beispiel zu erläutern: Racial Profiling ist ja nicht allein ein Effekt von gut- oder böswilligen Beamt*innen, die sich die Ziele ihrer Kontrolltätigkeiten suchen, sondern es ist auch die Frage eines übergeordneten Einsatzkonzeptes und gesetzlicher Rahmenbedingungen, in denen Racial Profiling stattfindet. Dass es gesetzlich vorgesehen ist, an Bahnhöfen, Parkplätzen, an bestimmten neuralgischen Verkehrsknotenpunkten gezielt zu kontrollieren, setzt schon einen Rahmen, in dem die Aufdeckung illegaler Aufenthalte quasi die ausgesprochene Zielvorgabe solcher Einsätze darstellt. Es sind ja gesetzliche Konstruktionen, die den Raum schaffen, in denen ein Polizeieinsatz ohne konkreten Verdacht Menschen kontrollieren kann. Diesen Rahmen können wir nicht in Seminaren aufbrechen, in denen wir uns gegenseitig über unsere Eindrücke austauschen. Das sind Fragen, die man mit der Polizeileitung und letztlich auch mit dem Gesetzgeber diskutieren muss. Insofern muss man die Begrenztheit der Möglichkeiten eines solchen Seminars immer im Kopf haben.*

ID: Mit Blick auf die allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen: Ist ein solches Projekt ein Werkzeug zur Stärkung der Demokratie? Ist das die Energie, die sich für die Zukunft, aber auch für aktuelle Krisen lohnt?

AE: *Ich glaube, in einer Demokratie sollten alle Gruppen miteinander reden können. Es ist daher sinnvoll, dass die Zivilgesellschaft mit der Polizei spricht, wobei dieser Dialog vom Machtgefälle gekennzeichnet ist. Das beseitigt man zwar ein Stück*

weit, indem sich der Dialog auf persönlicher Ebene abspielt, aber das ändert ja nichts an dem grundsätzlichen Machtgefälle. Dieser Spagat ist mir durch dieses Projekt deutlicher geworden. Ich denke, die Kunst besteht wirklich darin, den persönlichen Dialog auf die Organisationsebene zu übertragen. Das ist die Herausforderung, und das wäre auch insgesamt für die Demokratie förderlich.

KW: Ich sehe das ähnlich. Wir brauchen in einer Demokratie eine Gesprächskultur, gerade einen professionellen Umgang mit Gruppen, die sich politisch nicht immer einig sind. Sowohl NGOs als auch Polizei brauchen eine demokratische Gesellschaft, und deshalb müssen beide miteinander reden. Ich hatte anfangs tatsächlich ein bisschen die Befürchtung, gerade weil die Polizei Mitträger und Mitfinanzierer dieser Reihe war, dass das Modellprojekt eine Feigenblattfunktion hat. Ich glaube, vor dem Hintergrund der durchaus anspruchsvollen Didaktik dieser Seminare kann man schon feststellen, dass es ganz gut auch zur Sache ging und in der Sache auch Prozesse stattfanden, die die Beteiligten in ihrer Wahrnehmung und in ihrem Denken verändert haben. Insofern war es kein Placebo, sondern hat auch Wirkung hinterlassen, was auch der Evaluationsbericht zum Ausdruck bringt.

Iwona Domachowska ist Bildungsreferentin im Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V. Ihre Schwerpunkte sind diversitätssensible, diskriminierungs- und rassismuskritische Bildung sowie Demokratielernen. Sie ist zertifizierte Trainerin im Programm „Betzavta-Miteinander“, das vom Adam Institute for Democracy and Peace in Jerusalem entwickelt wurde. Seit 2023 koordinierte sie das Modellprojekt „Haltung zeigen“ und leitete auch darüber hinaus Seminare im Dialogformat zwischen Polizei und Zivilgesellschaft.

Anke Egblomassé ist Bildungsreferentin beim VNB e.V. Der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen ist eine vom Land Niedersachsen anerkannte Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung. Über 200 Institutionen, Initiativen und Vereine arbeiten in einem weit gefächerten Themenspektrum zusammen. Schwerpunkte sind u.a. politische Bildung, Förderung gesellschaftlichen und politischen Engagements und die Beratung von Nichtregierungsorganisationen (NRO), ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen.

Kai Weber ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen, eines seit 40 Jahren existierenden gemeinnützigen Vereins, der sich für eine von Offenheit und Humanität geprägte Flüchtlingspolitik einsetzt und für ein Europa der Menschenrechte, des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität wirbt. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen koordiniert ein unabhängiges Netzwerk von rund 2.000 Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Einzelpersonen, die sich vor Ort für die Interessen von Geflüchteten in Niedersachsen engagieren.



„Problematisch, aber nicht unlösbar“

Interview mit Wladimir Ladilov, Polizeibeamter, Vertreter der Polizei in der Steuerungsgruppe im Projekt „Haltung zeigen“

Das Interview führte Iwona Domachowska.

ID: Wie hast du reagiert bzw. was war dein erster Impuls, als du zum ersten Mal vom Projekt „Haltung zeigen“ gehört hast?

WL: *Ich war leicht euphorisch und fand es total interessant. Meine Einstellung war: Ja, da bewegt sich was, da tut sich was, das ist genau der richtige Weg. Das fiel mir gleich ein, als ich aus der Teilnehmendenperspektive die ersten Infos zum Projekt gelesen habe.*

ID: Konntest du es dir vorstellen, daran teilzunehmen?

WL: *Ja!*

ID: Und warum mit dem Gefühl, dass das Projekt richtig und notwendig ist?

WL: *Kommunikation – nicht nur innerhalb von Organisationen, sondern einfach zwischenmenschlich – ist sehr wichtig! Ich habe das Gefühl, dass insgesamt zu wenig miteinander gesprochen wird und dadurch sehr viele Probleme auftreten. Gesamtgesellschaftlich betrachtet – auch mit allerlei Skandalen, die sonst so auftreten – kam dieses Projekt genau richtig. Da dachte ich mir: „Sehr gut!“. Das Projekt bringt Menschen zusammen, die sich mal austauschen, die über Probleme sprechen und erfahren können, was die Personen über uns denken und was wir über sie denken. Warum haben wir überhaupt diese verschiedenen Vorstellungen übereinander? Das fand ich großartig, dass da ein Austausch entsteht!*

ID: Dies klingt nach einem Schritt in unbekanntes Terrain.

WL: *Ja, genau.*



ID: Kannst du dir vorstellen, warum die Antwort auf diese Frage auf der Seite der Zivilgesellschaft eine ganz andere war?

WL: *(lacht) Weil die Betrachtungsweise der verschiedenen Rollen gegebenenfalls mit reinspielt. Ich sehe ja die Seite von innen, und wenn ich die Polizeikräfte auf der Straße sehe, dann habe ich ein positives Gefühl dabei, weil ich ja genau weiß, was sie tun, wie sie auftreten und warum sie es so tun. Gleichmaßen verstehe ich, dass genau auf der anderen Seite eher das Gefühl von Unsicherheit oder eine negative Assoziation entsteht, wenn irgendwo Einsatzkräfte sind, weil man eben nicht diese Hintergründe kennt oder sich aus eigener Erfahrung unwohl fühlt.*

ID: Hat dieses Projekt dir Einblicke in Perspektiven ermöglicht, die du vorher nicht kanntest? Zum Beispiel, wie sich deine Wahrnehmung der Polizei verändert hat, wenn man als Zivilist*in Polizeikräfte auf der Straße sieht?

WL: *Ich denke, schon. Da sind wir ja direkt beim Thema, weil Menschen, die eine positive Verbindung zur Polizei aufgebaut haben, diese vielleicht eher als Freund und Helfer sehen. Ich hatte jedoch auch bereits vor dem Projekt die Erkenntnis, dass ein gewisses Ungleichgewicht und Unverständnis für die verschiedenen Tätigkeitsfelder und das Auftreten der Polizei vorherrscht. Es ist nicht für jede Person ersichtlich, welches Equipment die Polizei bei sich hat, warum und wie sie auftritt. Das erzeugt eher Fragezeichen und mulmige Gefühle. Es gibt daher einen großen Unterschied zwischen der emotionalen und der Sachebene. Wenn ich weiß, wie die Kolleg*innen in den jeweiligen Einsatzlagen auftreten, wirkt sich dies positiv auf meine Wahrnehmung aus. Ohne dieses Wissen kann jedoch*

ein mulmiges Gefühl aufkommen, wenn man bei Protestlagen die Polizei mit Schlagstöcken, Westen und Helmen sieht. Ich glaube, das ist der große Gap, der dazwischen liegt: zwischen dem Gefühl der Sicherheit und der Unsicherheit.

ID: Danke, diese Brücke ist sehr hilfreich. Im Projekt wächst ja das Wissen zusammen mit dem Vertrauen, und zwar in Gesprächen, in denen Vertrauen ...

WL: ... *eine ganz große Rolle spielt.*

ID: Das war nun der Ausgangspunkt teilweise auf der individuellen Ebene, aus deiner Perspektive. Wie war das für die Organisation, nämlich für die Polizeidirektion Oldenburg? Wie verlief der Entscheidungsprozess, am Projekt teilzunehmen? Du warst damals für das Projekt zwar nicht zuständig, dennoch stellt sich die Frage nach der Motivation.

WL: *Sie bestand darin, das Vertrauen und das gegenseitige Verständnis zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft zu stärken. Gerade durch den offenen Austausch sollten ja die Vorurteile abgebaut werden, um die Perspektiven der anderen Seite besser verstehen zu können. Ich glaube, dass das Projekt in Gänze auch ein wichtiger Schritt dafür war, um ein gemeinsames Verständnis auch von der Demokratie insgesamt zu fördern und gleichzeitig in den beiden Gruppen dafür einzustehen. Ich sehe das Ganze als eine Chance, die Basis für die bessere Zusammenarbeit zu schaffen und diese positiven Veränderungen, die sich mit solchen Projekten anstoßen lassen, in der Gesellschaft weiter zu fördern.*

ID: Gab es damals in der Polizeidirektion Kontroversen oder Bedenken zur Teilnahme am Projekt?

WL: *Ich glaube, dass es wahrscheinlich auf beiden Seiten gewisse Bedenken dazu gab und dass dies hinsichtlich der Bereitschaft zum offenen und konstruktiven Gespräch schwierig sein könnte. Es ist aber auch klar, dass sich Vorurteile alleine durch dieses Projekt nicht beseitigen lassen können. Gesellschaftliche Probleme werden dadurch auch nicht gelöst. Aber dabei wird die Kenntnis über die Haltung der Menschen erlernt und das Verständnis für die jeweiligen Ansichten geschaffen. Und da-*

bei geht es auf der Seite der Polizei nicht darum, die Teilnehmenden der Zivilgesellschaft zu überzeugen oder zu belehren, sondern auch die eigene Haltung entsprechend zu zeigen, aber auch die Haltung der Mitmenschen zu begreifen und ihre Motivation und Ansichten dahinter. Der Perspektivwechsel steht dabei im Vordergrund. Wir können einfach nicht nach solch einem Projekt sagen: „Alles klar, das war jetzt alles ganz cool, wir gehen jetzt Hand in Hand“. Aber dieses ganze Projekt war der Anstoß dazu, in die richtige Richtung zu gehen, um sich gemeinsam zu engagieren und dadurch einen Mehrwert für die Gesellschaft zu schaffen. Im Kleinen angefangen und nun darauf aufbauend, dies in die Organisationen weiterzutragen, zu multiplizieren und vor allem voranzutreiben.

ID: Durch die Vorteile des Projekts, die du benennst, klingt es so, als würde es die Sichtweisen ein Stück weit verkomplizieren. Und kann das auch eine gute Richtung sein?

WL: *Absolut! Denn das einfache Denken, was ja auch mit den Stereotypen zusammenhängt – „die Polizei ist so ...“ – führt selten zu mehr Verständnis. Ich glaube, gerade dieses Format ist sowohl für die Bürger*innen als auch für die Polizei eine Chance, auch auf der lokalen Ebene solche Formate nachhaltig zu erleben und in den Dialog zu gehen, um gerade dieses Verkomplizieren als Mehrwert zu erreichen. Natürlich ist es ein anstrengender Weg und dabei muss man stets am Ball bleiben. Das geht so nicht: „Wir treffen uns für zwei Stunden und ich verstehe deine Welt und fertig“, sondern das muss nachhaltig geführt werden. Durch die Verkomplizierung wird der Prozess im Endeffekt besser.*

ID: Lass uns nun über die Ziele für das Arbeitsfeld und die Institution Polizei sprechen: Welchen nachhaltigen Mehrwert hat dieses Projekt für dich als Polizei geschaffen?

WL: *Das Projekt hat auf jeden Fall dazu beigetragen, dass die Grundwerte und die Arbeitsweisen der Polizei und der Zivilgesellschaft für beide Seiten entsprechend transparenter wurden und dass Verständnis füreinander gefördert wurde. Es hat dazu geführt, dass bestehende Vorurteile der Zivilgesellschaft gegenüber der Polizei abgebaut wurden und die Sensibilität*

*der Arbeit der Mitmenschen erhöht wurde. Dabei steht mehr Akzeptanz und Relevanz im Vordergrund. Ich glaube, dass das Netzwerken sowohl auf der Ebene der Steuerungsgruppe als auch bei den Teilnehmenden eine zentrale Rolle spielt, um den Dialog zu fördern und neue Projekte zu entwickeln. Wir haben die Konzeptionierungsphase für neue Projekte, die – wie „Haltung zeigen“ – auf lokaler Ebene weiter gehen sollen, wo es um den Austausch mit verschiedenen Communitys gehen wird, um da einen kritischen und inhaltlichen Dialog auf die Beine zu stellen und sich auch gegenseitig kennenzulernen. Die Polizeibeamt*innen sollen dabei für unterschiedliche Belange und Interessen der Communitys sensibilisiert werden, während wiederum die Communitys die Polizei – ihre Struktur, ihre Regeln und ihre Vorschriften – und die Menschen dahinter besser verstehen lernen.*

ID: Wenn solche Projekte weiterhin entwickelt werden und wir insgesamt von einem Dialogformat ausgehen, ist Dialog auf Augenhöhe mit der Machtdiskrepanz, die zwischen diesen Akteur*innen gegeben ist, überhaupt möglich?

WL: *Ja, es ist aber mehr als ein Dialogformat. Im Vorfeld müssen wir eigentlich mit einem Begegnungsformat starten, in dem es gerade erst darum geht, diese Augenhöhe überhaupt herzustellen. Der Gap ist, glaube ich, eher das Hochblicken der Zivilgesellschaft auf die Polizei, aber um das auf Augenhöhe zu bringen, muss man zunächst die menschliche Seite hinter der Uniform erkennen. Wenn sich die Menschen von vorneherein die Möglichkeit geben, sich darauf einzulassen, und den Blick öffnen, dann ist es einfacher, sich kennenzulernen, gewisses Vertrauen aufzubauen, dann geht das, glaube ich, ganz gut. Dann kommen wir zur Dialogarbeit.*

ID: Es ist spannend, weil das Projektdesign von Anfang an der Dialog war. Dennoch braucht es eine Ebene davor. Dialog ist keine Selbstverständlichkeit und Macht kann dabei ja stören.

WL: *Ja, absolut! Wenn man von vorneherein sofort ins Thema reingehen würde, dann würden beide Parteien die ganze Zeit distanziert bleiben. Das würde das Machtgefälle aufrechterhalten. Wenn wir uns jedoch annähern wollen, ist es notwendig, dass wir die Menschen hinter der Institution kennenlernen.*

ID: Es ist also sehr viel Arbeit, bevor das Inhaltliche überhaupt kommt ... Erst dann haben wir eine Chance auf den Effekt, den wir uns dabei erhoffen.

WL: *Genau!*

ID: Die Kooperation erfolgte in der Steuerungsgruppe zwischen der PD Oldenburg und mehreren Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und mit dem GSI als Projektträger. Wie hast du diese Kooperation wahrgenommen, insbesondere weil es für die Polizei ja kein Alltag ist, solche Projekte umzusetzen?

WL: *Die größte Herausforderung bestand vermutlich daran, dass man hier den gemeinsamen Nenner finden musste, mit dem alle Beteiligten einverstanden sind. Wir haben unterschiedliche Ziele und Ansätze in den jeweiligen Arbeitsfeldern. Das spiegelte sich bereits in der Konzeptionierung und der Planung des Projekts wider. Das kann problematisch sein, ist aber letzten Endes nicht unlösbar. Es ist hier jedoch auch für alle wichtig, ausdauernd zu bleiben und Kompromisse eingehen zu können. Es ist entscheidend, dass alle an einem Strang ziehen, ohne den eigenen Standpunkt gänzlich aus den Augen zu lassen. Das gemeinsame Ziel in der Steuerungsgruppe war, von Anfang an ein Format zu schaffen, das für alle Teilnehmenden den bestmöglichen Rahmen bietet, aber gleichermaßen den bestmöglichen Rahmen für die Tätigkeitsfelder der Steuerungsgruppe darstellt. Ich glaube, das wurde als gemeinsames Ziel erreicht und das gelingt in der Planung nur dann, wenn man die große Vision im Blick behält und sich nicht von den Kleinigkeiten aufhalten lässt. Ich glaube, das ist diese Facette, die uns vor Herausforderungen stellt und uns im Prozess der Entwicklung einen Mehrwert für die jeweiligen Bereiche bietet –*

vielleicht für die Polizei etwas mehr als für die Zivilgesellschaft. Das Ungleichgewicht der verschiedenen Ziele und Ansätze war gerade am Anfang problematisch, aber nicht unlösbar!

ID: Das klingt für mich nach einem sehr demokratischen Austauschprozess und einer demokratischen Kooperationskultur. Das ist natürlich sehr wichtig, dass man nach außen das vorlebt, was man auch innerhalb der eigenen Reihen umsetzt.

WL: *Die Kompromissbereitschaft wurde hier tatsächlich gelebt. Wenn bereits in der Planung in der Steuerungsgruppe ein Austausch über die jeweiligen Standpunkte stattfindet, wird dann das Ziel für alle begreifbar und verfolgbar, wenn man nicht aneinander vorbeiredet. Die Kommunikation ist alles!*

ID: Welche Impulse hättest du für ein neues Projekt in der Zukunft?

WL: *Das war ein guter Grundstein, um rassismuskritische Dialogarbeit weiterzuentwickeln und sie auch in unserer Polizeidirektion zu intensivieren. Diese Weiterentwicklung wird dazu führen, dass zukünftige Projekte zwar anders gestaltet sein werden, aber dieses Fundament – der gesamte Erfahrungsschatz – dient für den weiteren Ausbau der lokalen Zusammenarbeit. Es ist wichtig, das gesamtgesellschaftliche Vertrauen zu schaffen und die Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeindlichkeit weiter zu stärken. Die persönliche Erfahrung aus dem Projekt kann jetzt für Begegnungen zwischen der Polizei und der örtlichen Zivilgesellschaft genutzt werden, um hoffentlich einen Mehrwert für die Menschen und eine Plattform zu schaffen, auf der der Austausch in einem guten Rahmen ermöglicht und gefördert wird.*

ID: Abschließend möchte ich das Thema auf eine breitere gesellschaftspolitische Ebene heben. Angesichts der verschiedenen aktuellen Krisen: Inwiefern haben solche Projekte heutzutage Relevanz? Leisten sie einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie?

WL: *Der gemeinsame Dialog ist von sehr großer Bedeutung und muss künftig weiter ausgebaut werden. Gerade da, wo die Prognosen, Umfragen und Wahlergebnisse den Rechtsruck erahnen lassen, ist es wichtiger denn je, die Resilienz aufrechtzuerhalten bzw. weiterhin zu stärken. Eine wichtige Gelingensbedingung für solche Projekte ist es, dass es unabhängig von irgendwelchen Ereignissen und Einsätzen eine engere Verbindung zwischen der Polizei und den Bürger*innen gibt, also nicht erst, wenn etwas passiert. Ich wünsche mir, dass Feindbilder gegenüber der Polizei aufgeweicht werden und dass gleichermaßen durch das Wissen, das dabei transferiert wird, das Sicherheitsgefühl gestärkt wird. Ich wünsche mir, dass sich Menschen dementsprechend sicher fühlen, wenn sie die Polizist*innen sehen. Umgekehrt muss die Polizei sensibel dafür sein, dass es für die Bürger*innen emotional herausfordernde Erlebnisse und Situationen sind, die sie erleben und in denen sie mit uns zusammenkommen. Die Polizei muss auch klar in ihrer Vorbildfunktion handeln und sich klar gegen Racial Profiling und rassistische Vorfälle positionieren, sich davon distanzieren und dagegen vorgehen. Es ist unsere Pflicht, die Grundwerte und die Prinzipien der freiheitlichen Grundordnung nicht nur zu schützen, sondern auch aktiv zu fördern. Durch präventive Maßnahmen, kontinuierliche Weiterbildungen und Sensibilisierungen innerhalb von unseren Reihen müssen wir das Vertrauen innerhalb und außerhalb für unsere Institution stärken. Dabei ist es unerlässlich, dass wir uns gegenseitig dabei unterstützen und dazu beitragen, dass für alle auch klar ist, dass wir als Garant für Sicherheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dementsprechend müssen wir auch in dieser Funktion handeln. Insgesamt müssen wir uns für eine starke, tolerante und offene Gesellschaft einsetzen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegenzutreten. Dafür ist es notwendig, dass sich alle Mitglieder der Gesellschaft beteiligen und engagieren.*

Wladimir Ladilov ist Polizeivollzugsbeamter des Landes Niedersachsen in der Polizeidirektion Oldenburg. Er ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Projekts „Haltung zeigen“ und war Teilnehmer des zweiten Durchlaufs dieses Projekts. Zudem engagiert er sich als Strategiepate der polizeilichen Landesinitiative „Polizeischutz für die Demokratie“, die sich für den Schutz demokratischer Grundwerte innerhalb der Polizei einsetzt.

Die Polizeidirektion Oldenburg gewährleistet die Sicherheit von über 1,7 Millionen Einwohner*innen in drei kreisfreien Städten und zehn Landkreisen. Mit mehr als 4.000 Mitarbeitenden deckt die Direktion ein Gebiet von 11.223 km² ab, das von Wilhelmshaven bis Diepholz und Cuxhaven bis zur Grenze des Landes Bremen reicht. Die PD Oldenburg gliedert sich in insgesamt neun Polizeiinspektionen, davon eine Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) und eine Wasserschutzpolizeiinspektion (WSPI). Zudem ist die Direktion der polizeiliche Partner für das Projekt „Haltung zeigen“ sowie das Folgeprojekt „Genau besehen“.





„Weiße Verbundenheit“ als Schlüssel zum Dialog?

Eine rassismuskritische Reflexion
des Modellprojekts „Haltung zeigen“

von Daniel Bernhardt und Sinem Eker

Miteinander statt übereinander reden – so lautet das Credo des Modellprojekts „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“¹. Dass dies gelungen ist und ein konstruktiver Dialog zwischen teilnehmenden Polizist*innen und Aktiven der Zivilgesellschaft im Sinne des Einander-Zuhörens- und -Dazulernens (vgl. Splinter/Wüstehube 2020, S. 28) stattgefunden hat, davon zeugen die Stimmen in dieser Publikation. Ebenso weisen die Ergebnisse der externen Evaluation darauf hin, dass die Ziele des Modellvorhabens, u.a. mit Bezug zum Vertrauensaufbau und mit wechselseitigem Verständnis für die jeweiligen Handlungslogiken, zu weiten Teilen erreicht wurden (vgl. Strobl/Werner 2024). Im Mittelpunkt der aufwendig gestalteten Begegnungen, in denen sich jeweils zehn Polizist*innen und zehn Aktive aus der Zivilgesellschaft im direkten Austausch miteinander befanden, standen fortwährend das Ziel des Perspektivwechsels sowie die Diskussion über öffentlich kontrovers diskutierte Themen.² Eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und Racial Profiling sollte, ausgehend von der seit den Black-Lives-Matter-Protesten im Jahre 2020 zunehmenden Kritik an der Polizeipraxis, einen inhaltlichen Schwerpunkt der Dialogseminare bilden.

Aus dieser thematischen Fokussierung erwuchs in den ersten konzeptionellen Überlegungen der Anspruch an das Modellprojekt, eine rassismuskritische Perspektive und Haltung handlungsleitend werden zu lassen. Dessen Realisierung in der

¹ Kurz: „Haltung zeigen“.

² Für detaillierte Informationen zum Modellprojekt, siehe Beiträge in dieser Publikation und vgl. Bernhardt 2024.



Projektgestaltung und der pädagogischen Arbeit ist daher Ausgangspunkt für die Fragestellungen dieses Textes: Inwieweit ist es gelungen, diesem Anspruch gerecht zu werden? Welche Lernerfahrungen und Erkenntnisse können aus der Praxis gewonnen werden?

Mit Abschluss des Projekts wollen wir die Erfahrungen und Beobachtungen in Form einer kritischen Reflexion aus unterschiedlichen Perspektiven³ im Projekt nachzeichnen und nach Antworten suchen. Dazu erläutern wir zunächst in Kürze unser Verständnis von Rassismus bzw. Rassismuskritik. Anschließend weisen wir exemplarisch auf ausgewählte Ansätze in der Umsetzung hin und beschreiben ihre von uns beobachteten Wirkungen auf das Seminargeschehen. Ausführlicher diskutieren wir die Konfliktlinie „Rassismus“ im Seminar und den Nebeneffekt der „weißen“⁴ Verbundenheit“. Zum Abschluss formulieren wir in Kürze unsere daraus gezogenen Lernerfahrungen und Fragen mit Blick auf die Konzeption weiterer Dialogprojekte im diskutierten Handlungsfeld.

³ Im Projektverlauf haben wir als Autorin und Autor dieses Textes die Funktionen der Leitung, der Ko-Moderation und der Awareness-Person ausgeübt. Wir reflektieren den Sachverhalt aus einer *weißen* und einer von Rassismus betroffenen Position heraus.

⁴ Die Begriffe „Schwarz“ und „weiß“ werden hier bewusst groß- bzw. kursiv geschrieben und beziehen sich nicht auf die reelle Hautfarbe oder eine biologische Eigenschaft. „*Weiß*“ und „*Weißsein*“ soll auf die sozialen, politischen und kulturellen Privilegien von Menschen hinweisen, die nicht von Rassismus betroffen sind und sich deshalb in einer machtvolleren gesellschaftlichen Position befinden. „Schwarz“ und „Schwarzsein“ ist eine Selbstbezeichnung. Es bedeutet, dass Menschen durch gemeinsame Erfahrungen von Rassismus miteinander verbunden sind und auf eine bestimmte Art und Weise von der Gesellschaft wahrgenommen werden (vgl. u. a. Ogette 2017).

Was heißt hier Rassismus(-kritik)?

Rassismus beschreibt ein gesellschaftliches System, das Hierarchien zwischen sozialen Gruppen (anhand von Sprache, Gedankenmustern und Handlungen) laufend legitimiert und reproduziert und auf diese Weise Ausschlusspraktiken von BIPOC⁵ ermöglicht. Grundlage für diese Hierarchisierung ist die Zuordnung von Menschen zu unterschiedlichen Gruppen anhand bestimmter Merkmale wie z.B. Name, Hautfarbe, Haarstruktur sowie die Zuschreibungen bestimmter (häufig negativer) Eigenschaften, die denen der dominanten Gruppe meist konträr gegenüberstehen. Der so möglich gemachte Ausschluss ist facettenreich: Er kann sich direkt oder indirekt und sowohl auf zwischenmenschlicher Ebene (verbal oder körperlich) als auch strukturell anhand von Routinen, Gesetzen und Regeln oder institutionell anhand von Vorgaben und gewohnten Abläufen ausdrücken (vgl. Rommelspacher 2009, S. 25 ff.). Dadurch erschwert Rassismus bestimmten Gruppen neben Teilhabemöglichkeiten auch die Entscheidungs- und Deutungsmacht. Im Alltag manifestiert sich dies beispielsweise an der Themensetzung und der Darstellungsform in der medialen Berichterstattung (vgl. u.a. Ruhrmann 2017), in der Gesundheitsversorgung (vgl. u.a. DeZIM 2023) sowie den Zugängen zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt (vgl. Salikutluk/Podkowik 2024, S. 10 ff.).

Seinen Ursprung hat dieses hierarchisierende Gesellschaftsverhältnis in der Zeit des europäischen Kolonialismus (Ende 15. Jh. bis 20. Jh.) und der damit verbundenen massiven Versklavung Schwarzer Menschen sowie der Erfindung von Rassenstheorien. Trotz der wissenschaftlichen Gewissheit über die Nicht-Existenz von Menschenrassen setzen sich rassistische Narrative über andere Label und Zuschreibungen wie „Mentalität“ oder „Kultur“ fort (vgl. Balibar/Wallerstein 1990, S. 28) und nehmen bis heute – bewusst oder unbewusst – Einfluss auf unser Denken, unsere Sprache und unser Handeln.

5 „BIPOC“ steht für Black, Indigenous, People of Color und ist eine analytische und politische Selbstbezeichnung. Der Asterisk verweist nicht ausschließlich auf die Geschlechtervielfalt von BIPOC*, sondern auch auf jene Menschen mit Rassismuserfahrungen, die sich nicht mit den im Akronym enthaltenen Begriffen identifizieren (...).“ Definition nach dem Glossar des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismussarbeit e.V. (IDA).

Diese Allgegenwärtigkeit und Alltäglichkeit von Rassismus bildet die Prämisse einer rassismuskritischen Haltung: Anstelle einer Debatte über die Existenz von Rassismus, liegt der Schwerpunkt hier auf der Erkennung und Entgegnung rassistischer Muster, um auf diese Weise eine Annäherung an eine tatsächliche Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu ermöglichen. Insbesondere staatlichen Institutionen, wie u.a. dem Bildungswesen und den Polizeibehörden, kommt mit Verweis auf Art. 3 Absatz 3 GG⁶ eine besondere Verantwortung zu, an der sie sich messen lassen müssen.

Rassismuskritische Ansätze in der Umsetzung

Die Wirkmächtigkeit von Rassismus als ein die Gesellschaft strukturierendes soziales Verhältnis betrifft demnach auch das hier beschriebene Modellprojekt „Haltung zeigen“ und die Dialogseminare als seine zentrale Maßnahme im Rahmen der politischen Bildung. Übersetzt in den Seminarkontext beschreibt eine rassismuskritische Haltung, sich der im vorherigen Abschnitt beschriebenen strukturellen Bedingungen und der Machtverhältnisse bewusst zu sein, sie durch gezieltes Handeln offenzulegen und ihnen entgegenzuwirken. In der Konzeption und der Umsetzung des Modellprojekts finden sich diese rassismuskritischen Ansätze auf mehreren Ebenen:

Bei der Zusammensetzung des Projektkonsortiums wurden bewusst Organisationen involviert, die sich u. a. über ihren fachlichen Fokus auf die Themen Flucht und Migration rassismuskritisch im Sinne von Betroffenen positionieren und eine entsprechende Haltung in der Projektsteuerung einnehmen. Gleichzeitig muss kritisch angemerkt werden, dass die im Konsortium vertretenen Organisationen in ihrer Personalstruktur sowie im Projekt selbst nur in sehr kleiner Anzahl durch BIPOC* vertreten waren.

6 „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Auch das Personal für die pädagogische Umsetzung wurde hinsichtlich seiner fachlichen Expertise und persönlichen Erfahrungen mit Blick auf das Thema Rassismus ausgewählt und es wurde z.T. gezielt versucht, teilnehmende Personen u.a. aus dem Umfeld von aktiven MSO⁷ und weiteren BIPOC*-Organisationen für eine Teilnahme zu gewinnen. „Haltung zeigen“ konnte dabei im Vergleich zu thematisch ähnlich gelagerten Dialogprojekten Fortschritte erzielen, blieb jedoch mit einem Anteil von schätzungsweise 15 bis 20 Prozent BIPOC*-Teilnehmenden und 25 bis 30 Prozent BIPOC*-Referent*innen hinter dem eigenen Anspruch zurück. Es ist nicht auszuschließen, dass die empfundene Minderheitensituation im Seminar ein Machtgefälle unter den Teilnehmenden und die Reproduktion von Rassismus begünstigt hat. Ein erhöhter Anteil von BIPOC* unter den Teilnehmenden sowie den Verantwortlichen hätte zudem wahrscheinlich zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus in Polizei und Zivilgesellschaft beigetragen.

Neben partizipativ mit den Teilnehmenden zu Beginn der Seminarreihen entwickelten Umgangsregeln, u.a. zur Verankerung des Grundsatzes, persönliche (Diskriminierungs-)Erfahrungen nicht zu bewerten oder abzusprechen, unterstreicht die Auseinandersetzung mit Rassismus/Racial Profiling und Rechtsextremismus im Rahmen eines dreitägigen Seminars die Bedeutung des Themas Rassismus für das Gesamtvorhaben. Es ist daher konsequent, dass eines der vier Wirkungsziele (Outcome) des Projekts sich explizit mit der Wissenserweiterung der Teilnehmenden zu strukturellem Rassismus und zur Empathie mit Betroffenen befasst.⁸

Ein weiterer Baustein der rassismuskritischen Seminargestaltung betrifft den reflektierten Einsatz der Awareness-Person als parteiliche Ansprech- bzw. Vertrauensperson für Teilnehmen-

7 Abk. für Migrant*innenselbstorganisationen. Weiterführend zum Thema, vgl. Pries 2013.

8 Das Ziel im Wortlaut: „Vertreter*innen von Polizei und Zivilgesellschaft kennen strukturelle Ursachen, Wirkungsweisen und Folgen von Rassismus und Rechtsextremismus“ (Bernhardt 2024, S. 137).

de, die im Laufe der Seminare Verletzungen oder Diskriminierung erfahren und unmittelbaren Gesprächsbedarf anmelden. Diese nicht unumstrittene Form der Intervention wurde mit Blick auf das im Kontext der politischen Bildung bekannte Dilemma zwischen Lernraum und Schutzraum angepasst und in Form eines eigens für die Dialogseminare entwickelten Konzepts festgehalten: Die Funktion der Awareness-Person bietet von Rassismus betroffenen Personen – aber auch anderen Teilnehmenden – ein Ventil und eine Form der Unterstützung an, die sowohl von Teilnehmenden der Zivilgesellschaft als auch von der Polizei mehrfach in Anspruch genommen wurde. Sie kann daher als wirkungsvolles Element in der rassismuskritischen Seminargestaltung bewertet werden.

Aus der intensiven Beobachtung von drei aufeinander folgenden Seminarreihen à neun Tagen und anhand der Ergebnisse der externen Evaluation gehen wir davon aus, dass die skizzierten Ansätze zumindest in Teilen zu einer erhöhten Sensibilität für Rassismus(-kritik) unter den Teilnehmenden beigetragen haben. Davon zeugt z.B. die empirisch nachgewiesene Verständniserweiterung des Rassismusbegriffs (v.a. bei den Teilnehmenden der Polizei) um strukturelle Dimensionen des Phänomens (vgl. Strobl/Werner 2024, S. 34 ff.). Auch individuelle Aussagen von Teilnehmenden, z.B. zur persönlichen Auseinandersetzung mit Privilegien aufgrund (zugeschriebener) Merkmale („*Ich bin mir zum ersten Mal bewusst geworden, was es bedeutet, weiß zu sein*“) oder zum Umgang mit Sprache („*Ich bin sensibler geworden, was Sprache auslösen kann, und will noch mehr darauf achten*“), deuten auf diesen Schluss hin.⁹

Neben dieser intendierten Wirkung bei mehreren Teilnehmenden beobachten wir zeitgleich, wie in der besonderen Konstellation und Dynamik der Seminare unschwerwiegend eine gegenläufige Entwicklung stattfindet, die wir im Folgenden als „*weiße Verbundenheit*“ näher beschreiben wollen.

9 Mit Blick auf eine qualitative Analyse von Aussagen von Teilnehmenden sei an dieser Stelle ergänzend auf den Artikel von Sarah Humbach in dieser Publikation hingewiesen.

Beobachtungen aus der Praxis: sich überlagernde Konfliktlinien und „weiße Verbundenheit“

Trotz aller beschriebener Vorkehrungen ist nach unserer Beobachtung zusätzlich zur Konfliktlinie zwischen Polizei und Zivilgesellschaft eine weitere Konfliktlinie im Projekt verstärkt zu Tage getreten: Rassismus, d. h. eine Konfliktachse vornehmlich zwischen *weißen* Teilnehmenden und solchen mit sichtbarer Migrationsgeschichte (BIPoC*).

Die Linie äußerte sich im Seminar u.a. durch kontroverse Diskussionen über die Verwendung von diskriminierungssensibler Sprache oder bei rassistisch konnotierten Begrifflichkeiten wie z.B. „Clankriminalität“¹⁰ als Einsatzbereich der Polizei. Das Thema Rassismus berührt Identitäten, löst emotionale Betroffenheit aus und lässt Handlungsunsicherheiten zu Tage treten. „Es gibt kein neutrales Außen von Rassismus. Jede Person und Institution ist davon berührt.“¹¹ Diese zentrale Aussage der Soziologin und Schwarzen Aktivistin Dr. Natasha Kelly trifft auch auf die Dialogseminare zu, und wir stellen fest: Die Konfliktlinie „Rassismus“ ist von Bedeutung. Modellhaft gesprochen kreuzt bzw. überlagert sie die Achse, die zwischen Zivilgesellschaft und Polizei verläuft (s. Abbildung 1).

Spürbar wurde diese Intersektion insbesondere bei Momenten der Zustimmung von *weißen* Teilnehmenden untereinander zu rassismusrelevanten Themen, unabhängig davon, ob sie als Personen der Zivilgesellschaft oder der Polizei teilnahmen. So teilte zum Beispiel eine Gruppe von BIPoC*-Teilnehmenden

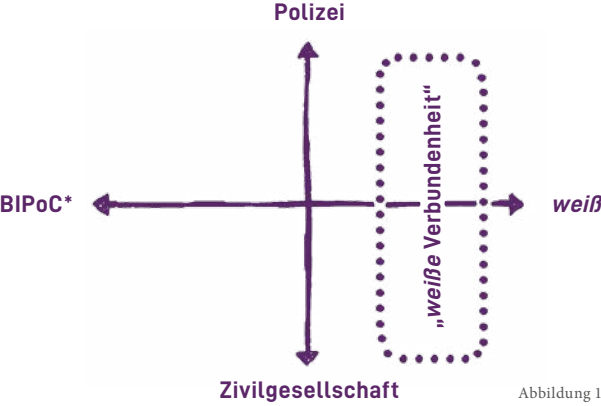


Abbildung 1

im Plenum mit, dass sich kurz zuvor in einem im Rahmen einer Seminareinheit eigens von ihnen eingerichteten Safer Space¹² externe *weiße* Personen eines anderen Seminars ungefragt zu ihnen stellten, um den Gesprächen zu folgen. Sie starteten die Teilnehmenden aus nächster Nähe an, fragten sie distanzlos über ihr Tun aus und reagierten auch auf freundliche Bitten der Betroffenen, nicht gestört werden zu wollen, unbeeindruckt. Die im Anschluss geschilderten Gefühle und Eindrücke der BIPoC*-Teilnehmenden wurden in der Seminargruppe sowohl von *weißen* Teilnehmenden der Polizei als auch von der Zivilgesellschaft entweder nicht weiter beachtet, relativiert oder die Situation mit der Begründung, dass neugierige, ältere Personen nicht rassistisch sein könnten, abgetan.

Neben Relativierungen manifestierte sich die „*weiße* Verbundenheit“ auch durch einstimmiges Stillschweigen: Zum Abschluss eines Seminars berichtete ein*e Teilnehmer*in von selbst erlebten rassistischen Polizeikontrollen. Offensichtlich erhoffte sich die Person die Solidarität der Gruppe, die in den Tagen zuvor zunehmend zusammengewachsen war. Jedoch

12 „Safe(r) Spaces sind Räume (physisch oder digital), in denen sich Personen sicher fühlen sollen, um dort ihre Diskriminierungserfahrungen zu teilen und sich gegenseitig zu empowern. Safer Space geht davon aus, dass es keine gänzlich sicheren Räume gibt. In Safe(r) Spaces können sich die Teilnehmenden akzeptiert und ernstgenommen fühlen.“ Definition nach dem Glossar des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).

bezogen weder Teilnehmende der Zivilgesellschaft noch die der Polizei Stellung oder standen unterstützend beiseite. Selbst nachdem von der Person zu einem späteren Zeitpunkt ein offensichtlich rassistischer Vorfall beschrieben wurde, der sich kurz zuvor in der Gruppe ereignet hatte, herrschte betretenes Schweigen. Die Bereitschaft, sich mit dem Thema Rassismus ausgehend von persönlichen Erfahrungen einer teilnehmenden Person auseinanderzusetzen, war trotz mehrmaliger Versuche gering, was sich u.a. auch anhand ablehnender Körpersprache wie Augenrollen, verschränkten Armen oder genervtem Seufzen ausdrückte.

Wenngleich es unter den *weißen* Teilnehmenden vereinzelt Stimmen gab, die sich in relevanten Seminarsituationen solidarisch mit von Rassismus Betroffenen positionierten, ließen sich weitere vergleichbare Szenen zur Veranschaulichung aufführen, in denen sich eine in unseren Augen nicht intendierte, aber bisweilen überraschend starke Verbundenheit zwischen den *weißen* Teilnehmenden beider Seiten, mal betont laut, mal auffallend leise, manifestierte. Gleichzeitig beschrieb ein Großteil der Teilnehmenden in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Evaluation, dass sie glücklich über die neuen persönlichen Kontakte seien, die das abstrakte Bild der Polizei bzw. der Zivilgesellschaft ablösten. Viele der Teilnehmenden behaupteten von sich, die Konfliktlinie zwischen Polizei und Zivilgesellschaft erfolgreich überwunden zu haben, und brachten ihr Verständnis für die jeweils andere Seite zum Ausdruck.

Mit Blick auf unser Koordinatensystem mit den sich kreuzenden Konfliktlinien konstatieren wir anhand der geschilderten Situationen, dass die Konfliktlinie „Rassismus“ nicht nur ein trennendes Element bildet, sondern zudem als eine Form der Verbindung vornehmlich zwischen *weißen* Teilnehmenden der Zivilgesellschaft und der Polizei fungiert.

In der modellhaften Logik weitergedacht, kann gefolgert werden, dass u.a. die „weiße Verbundenheit“ mit dazu beiträgt, die Kluft zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zu verringern, d.h. paradoxerweise die Erreichung der Ziele der Dialogfortbildungen zu unterstützen.

Zugespitzter formuliert erfolgte eine Annäherung der beiden Zielgruppen auf Kosten der Perspektiven von z.T. nicht oder nur in geringer Zahl anwesenden marginalisierten Gruppen, was wiederum zu einer Verstärkung der Konfliktlinie bzw. Reproduktion von Rassismus in den Dialogfortbildungen beitrug.

Diese gruppendynamische Entwicklung bewegt sich nach wie vor in den bereits erwähnten, durch Rassismus bedingten strukturellen Handlungs- und Deutungsmustern und verdeutlicht, wie Ausgrenzungsprozesse im Seminar subtil und „schleichend“ vorstattgehen können, wenn sie parallel zu Annäherungsprozessen stattfinden. Die beschriebene Beobachtung bzw. Interpretation der Beobachtungen zur „*weißen* Verbundenheit“ kann an dieser Stelle ohne nähere Untersuchung zunächst nur als Hypothese formuliert werden. Dennoch fordert sie uns als Verantwortliche auf, kritisch zu hinterfragen, welche Faktoren diese Entwicklung bedingt haben. Ferner sollten Handlungsmöglichkeiten für die Dialogpraxis eruiert werden, um eine Verstärkung der Konfliktlinie „Rassismus“ zukünftig zu verhindern, oder besser, um auf beiden Linien, „Polizei und Zivilgesellschaft“ und „Rassismus“, konstruktiv eine Annäherung zu bewirken.

Fragen und Fazit

Der beschriebene Nebeneffekt erklärt sich für uns zum einen durch das bereits erwähnte Ungleichgewicht zwischen Teilnehmenden mit und ohne Rassismuserfahrungen und die dadurch begünstigte Reproduktion von Rassismus im Seminar. Zum anderen konstatieren wir eine z.T. hartnäckige Abwehrhaltung *weißer* Teilnehmender gegen Rassismuskritik, sowohl auf Seiten der Polizei als auch auf Seiten der Zivilgesellschaft. Während wir in diesem Punkt zusammenfassend bei Teilnehmenden der Polizei vernehmlich auf Handlungsunsicherheiten und auf Rassismus reproduzierende tradierte Praktiken schließen, beobachten wir bei Teilnehmenden der Zivilgesellschaft in Teilen eine Abneigung gegen eine (selbst-)kritische Reflexion, da sich in eigener Darstellung aufgrund des idealistischen Einsatzes für Gerechtigkeit und das Wohl marginalisierter Gruppen rassistisches Handeln per se ausschließen würde.

10 „Clan-Kriminalität ist ein stigmatisierender Begriff, weil damit ganze Familien, auch Kinder, Großeltern und andere Verwandte zu Kriminellen erklärt werden. Häufig knüpft er an kulturrassistische Vorstellungen an, etwa, dass alle Clan-Mitglieder in archaischen Familienstrukturen leben. Alternativ kann man von organisierter Kriminalität oder von einer kriminellen Bande sprechen, sofern die fachlichen Kriterien dafür tatsächlich erfüllt sind.“ Definition nach Online-Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen e. V. (NdM). Zur weiteren kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Clan-Kriminalität, siehe u. a. Feltes/Rauls 2020.

11 Zitat entnommen vom Titel der gleichnamigen Ausstellung in bzw. an der Kunsthalle Osnabrück <https://kunsthalle.osnabrueck.de/en/programm/ausstellungen/es-gibt-kein-aussen-von-rassismus> (zuletzt abgerufen am 21.07.2024).

Um diesen Herausforderungen in der Konzeption weiterer Dialogvorhaben zu begegnen, schlagen wir als Anregung eine intensive Auseinandersetzung mit dieser (unvollständigen) Liste an Fragen vor:

.....

Wie ermöglichen wir marginalisierten, insbesondere von Rassismus betroffenen Gruppen die Teilnahme am Projekt? Welche individuellen, institutionellen und strukturellen Hürden gibt es und wie können sie überwunden werden? Welcher Seminarort ist für BIPOC* vertrauens-erweckend und gut zugänglich?

(z.B. Anpassung des Sprachniveaus und Unterstützung, solidarische Kostenübernahme des Teilnahmebeitrags, Wahl des Ortes basierend auf Wunsch und Erfahrungen von BIPOC*)
Wie können wir diese Hürden im Seminar thematisieren?
(z. B. durch vermehrten Einsatz angeleiteter Übungen, die zur Reflexion über Machtkritik anregen)

.....

Wie können Organisationen, in denen BIPOC* mehrheitlich vertreten sind, bzw. Organisationen, die zum Thema Rassismus(-kritik) arbeiten, für eine Mitwirkung am Dialog gewonnen werden?

(z.B. frühe Einbindung im Gestaltungsprozess, gleichberechtigte Teilhabe an Projektsteuerung, Projektträgerschaft in Händen von BIPOC*-Organisation)

.....

In welchem Format thematisieren wir das Feld Rassismus? Und was gilt es bei der Thematisierung zu beachten?

(z.B. spezifisch qualifizierte Referent*innen einladen und auf die Bedeutungen von Fachexpertise und Erfahrungswissen hinweisen, unterschiedliche Wissensstände und Berührungspunkte beachten, bei Bedarf Thematisierung mit einem Teil der Gruppe in einem Safe(r) Space, Anregungen zur Auseinandersetzung mit eigener Positionierung und mit Machtverhältnissen im Mikrokosmos des Projekts und in der Gesellschaft)

Wie fangen wir rassistische Aussagen und Handlungen auf?

(z.B. durch aufmerksame und gezielte Moderation: im Plenum ggf. auf Gelerntes verweisen, nachfragen, zum späteren Zeitpunkt (losgelöst von der Person) besprechen und auf Awareness-Person verweisen, Einzelgespräche suchen, eigene Wahrnehmungen spiegeln und die Gruppe zur Reflexion anregen)
Ist der Schutz von BIPOC* gewährleistet?
(z.B. durch Entwicklung von Regeln für Umgang untereinander, Rückzugsraum, Awareness-Person, Handlungskonzept bei rassistischen Vorfällen)

.....

Wo sind die Grenzen des Lernraums erreicht?

(z.B. Absprechen und Relativieren von (Diskriminierungs-)Erfahrungen, gezieltes Ansprechen von Betroffenen als Stellvertreter- oder Rechtfertigungsposition, mehrmalige Verwendung rassistischer Begriffe trotz vorheriger Hinweise)

.....

Wie ermöglichen wir ein Zusammenwachsen der Seminargruppe, ohne dass dies auf Kosten von rassifizierten Menschen passiert?

(z.B. verhältnismäßig viel Zeit fürs Kennenlernen einplanen und u.a. mit biographischen Übungen arbeiten, partizipative Entwicklung von Regeln für den Umgang im Seminar unter Berücksichtigung rassismus- bzw. machtkritischer Aspekte, Teilnehmende als Expert*innen in eigener Sache zur Sprache kommen lassen)

.....

Abschließend halten wir durch unsere vertieften Einblicke und aktive Mitwirkung am Modellprojekt „Haltung zeigen“ fest, dass in puncto Rassismuskritik in der Projektgestaltung und der pädagogischen Umsetzung wichtige Akzente gesetzt worden sind, die sich positiv auf Wissen und Einstellungen der Teilnehmenden sowie der Verantwortlichen ausgewirkt haben. Gleichzeitig unterstreicht die kritische Reflexion der Dialogpraxis anhand der Beobachtung der „*weißen* Verbundenheit“ die Komplexität des Vorhabens und zeigt auf, dass Erfolge in der Annäherung zwischen Zivilgesellschaft und Polizei in Teilen auch von der Wirkmächtigkeit rassistischer Handlungs- und Deutungsmuster beeinflusst werden. Dieser – weder vom Team und den Referent*innen noch den Teilnehmenden beabsichtigten, aber potenziell nachhaltig negativen – Wirkung sollte durch eine konsequente rassismuskritische Haltung in der gesamten Gestaltung zukünftiger Dialogformate begegnet werden.



Daniel Bernhardt, Dipl.-Soz.Wiss., MA in Friedens- und Konfliktforschung, ist Fachreferent der Sozialbehörde Hamburg und arbeitet freiberuflich als Trainer in der politischen Bildung. Als pädagogischer Mitarbeiter des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. leitete er u.a. über drei Jahre das Modellprojekt „Haltung zeigen“ und ko-moderierte federführend die Dialogseminare. Zuvor war er mehrere Jahre als Projektmanager v.a. zu ziviler Konfliktbearbeitung im In- und Ausland tätig.

Sinem Eker ist freie Referentin für rassismuskritische Bildung und Empowerment. Zu diesen Themen bietet sie seit einigen Jahren Vorträge und verschiedene Seminarformate sowie Moderationstätigkeiten sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene an. Darüber hinaus engagiert sie sich in verschiedenen Initiativen und wirkt z.B. beim Verein „Schwarze Schafe“ mit.

Quellen/Literatur

Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag

Bernhardt, Daniel (2024): Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft im Rahmen der politischen Bildung: Einblicke in die Praxis und ihrer Wirksamkeit. In: Mauri, Martin (Hrsg.): Tagungsband Kongress Netzwerk Demokratiestarke Polizei II. Polizei und Demokratiarbeit – Forschung, Projekte und Diskurse. Hilden: Verlag Deutsche Polizeiliteratur

DeZIM (2023): Rassismus und seine Symptome: Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM); <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/rassismus-und-seine-symptome/> (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Feltes, Thomas/Rauls, Felix (2020): „Clankriminalität“ und die „German Angst“. In: Sozial Extra 44, S. 372–377; <https://link.springer.com/article/10.1007/s12054-020-00332-0> (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e.V. (IDA) (2024): „BIPoC*“. Eintrag im Online-Glossar; https://www.idaev.de/researchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=B&cHash=72e62952002073ac1a0e660848f8b1c0 (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e.V. (IDA) (2024): „Safe(r) Space“. Eintrag im Online-Glossar; https://www.idaev.de/researchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=S&cHash=231eda1f9e3ba1398e0a3d36cf294400 (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Neue deutsche Medienmacher*innen e.V. (NdM) (2024): „Clan-Kriminalität“. Eintrag im Online-Glossar; <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/clan-kriminalitaet/> (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Ogette, Tupoka (2017): Exit racism. Münster: Unrast Verlag

Pries, Ludger (2013): Was sind Migranten(selbst)organisationen? Bundeszentrale für politische Bildung. Migrantenselbstorganisationen – Umfang, Strukturen, Bedeutung; BpB MSO: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/158870/was-sind-migranten-selbst-organisationen/> (zuletzt abgerufen am 24.07.2024)

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claas/Mecheril, Paul. (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag

Ruhrmann, Georg (2017): Diskriminierung in den Medien. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.). Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Salikutluk, Zerrin/Podkowik, Klara (2024): Grenzen der Gleichheit: Rassismus und Armutsgefährdung. Kurzbericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors 1, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Splinter, Dirk/Wüsthube, Ljubljana (2020): Dialog in nationalen und internationalen Kontexten. In: Splinter, Dirk/Wüsthube, Ljubljana (Hrsg.): Mehr Dialog wagen! Eine Ermutigung für Politik, gesellschaftliche Verständigung und internationale Friedensarbeit. Frankfurt a.M.: Wolfgang Metzner Verlag

Strobl, Rainer/Werner, Merle (2024): Abschlussbericht zur Evaluation des Modellprojekts „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“. Hannover: proVal GbR

Impressum

Herausgeber

Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e.V.
Klosterweg 4
29549 Bad Bevensen

Kontakt

Telefon: +49 5821 955-0
E-Mail: info@gsi-bevensen.de
Webseite: www.gsi-bevensen.de
Vertreten durch: Martin Kaiser

1. Auflage, 2024
Bad Bevensen
ISBN: 978-3-00-080942-2

Projektleitung: Martin Kaiser
Projektkoordination: Daniel Bernhardt, Iwona Domachowska
Lektorat: Mila Hua (<https://www.milahua.de/>)
Grafische Umsetzung: CrudeART Design
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Projekttträger



Kooperationspartner*innen



Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (Geschäftsstelle NordWest)
Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen – amfn e.V.
Arbeit und Leben Niedersachsen
Polizeidirektion Oldenburg

Gefördert durch



POLIZEISCHUTZ
für die Demokratie

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e.V. dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autor*innen Verantwortung.

Haftungsausschluss:

Die von uns verwendeten Links wurden bis zum 19.11.2024 gesetzt und enthielten zu diesem Zeitpunkt keine rechtswidrigen Inhalte. Für Inhalte externer Links übernehmen wir keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar.

Hinweis zur geschlechtergerechten Sprache:

In unseren Veröffentlichungen verwenden wir geschlechtergerechte Sprache. Gleichwohl können nicht alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt werden. Wir bitten dafür um Verständnis.

Urheberrecht:

© 2024 Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. Alle Rechte vorbehalten.



ISBN 978-3-00-080942-2